CENTRAL-VEREINS-DIENST

MITTEILUNGEN AUS DER HAUPTGESCHÄFTSSTELLE
DES CENTRAL-VEREINS DEUTSCHER STAATSBÜRGER JÜDISCHEN GLAUBENS E.V.

Berlin SW 68 Lindenstr. 13 / Fernruf: Dönhoff 3594/95 / Drahtanschrift: Centralglauben Berlin

Nr. 6 **abgeschlossen am 17. November 1927** **Jahrgang IV**

Inhaltsverzeichnis.

Judenhetze.

von Horace James Bridges. (International Press, New York).

Eine Entgegnung auf Hilaire Bellocs Buch „Die Juden“

Das von dem englischen Schriftsteller Hilaire Belloc verfaßte Buch „Die Juden“ ist nunmehr in deutscher Sprache mit einem Vorwort von Theodor Haecker im Verlag Josef Kösel und Friedrich Pustet in München erschienen. Wir haben auf dieses Buch, das in Deutschland zweifellos großes Aufsehen erregen wird, bereits mit unserem Rundschreiben, Beleg Nr. 1993, hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß Sonderdrucke des Aufsatzes von Dr. Felix Goldmann, Leipzig, „Wieder der gelbe Fleck“ auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden. In Amerika ist jetzt eine Gegenschrift unter dem oben angeführten Titel erschienen, die wir hier in Uebersetzung auszugsweise wiedergeben.

I.

Das umfassende Wissen, die große Erfahrung und die literarische Gewandtheit Belloc's verbunden mit der Tatsache, daß er als römischer Katholik der äußersten ultramontanen Schule zweifellos Ansichten äußert, die unter den einflußreichsten Mitgliedern der Kirche weit verbreitet sind, geben seinen Ausführungen eine große Bedeutung, die durch den geringen Absatz des Buches nicht abgeschwächt wird. Belloc führt seine vergiftete Feder sehr geschickt, er ist ein Sprachkünstler, der den Eindruck erweckt, daß er das, was er gesagt hat, nicht ganz gesagt hat und der Andeutungen und Anspielungen an Stelle von positiv zu belegenden Angaben macht, um Mißtrauen und Haß bei seinen Lesern hervorzurufen. Die große Menge des von ihm gesammelten Materials kann leicht als Erfindung enthüllt werden und die wahren Darlegungen, die er macht, rechtfertigen nicht die Schlüsse, die er zieht.

II.

Was an Belloc's Buch beachtenswert ist, ist der Ernst, mit welchem ungeprüfte Annahmen hervorgehoben werden, die weniger durch die Kraft der Argumente, als durch flüchtige Andeutungen und ge-

legentliche Redensarten wirken. Belloc ist ein Mann von *außerordentlicher Klugheit*, der stets den Anschein *eines nach beiden Seiten unparteiischen Freundes* wahrt. So sagt er den Juden, daß sie in vielen Dingen über christlichen Geist und christliche Psychologie keinen Bescheid wüßten und infolge dieser Unkenntnis entgegen ihrer Absicht den Christen oft tief verletzen. Ebenso mangelhaft unterrichtet seien die Christen über die Eigenart der Juden. Was sagt nun Belloc über die Juden? *Viele Eigenschaften der Juden, die als Fehler angesehen werden, sind keine Fehler.* Oft sind sie Tugenden des *jüdischen Patriotismus.* Der Jude ist vollkommen gleichgültig gegen das Wohl der christlichen Gemeinschaft, da ihm nur das Wohl seiner eigenen Gemeinschaft, der jüdischen Nation am Herzen liegt. Er handelt gegen die nationalen und internationalen Interessen des Landes, in dem er geboren ist. Die Christen nennen das *Verrat.* Das ist es keineswegs, sagt Belloc, da *der Jude nicht Bürger unseres Landes sein kann.*

Dies ist die Verteidigung und jedes Wort stellt eine schlimme und tief durchdachte Beleidigung der französischen, englischen oder amerikanischen Staatsbürger jüdischen Glaubens dar. Durch das ganze Buch klingt *ein Unterton versteckter Drohung* unter der *Maske freundschaftlicher Warnung.* Ganz beiläufig und mit der arglosen Miene eines Menschen, der selbstverständlich unleugbare Tatsachen feststellt, spricht er von dem „unaufhörlichen Konflikt des eigentlich jüdischen Geistes mit dem Geist der ihn umgebenden Gesellschaft“. Dieser ist die Ursache eines „tief unterirdischen Gegensatzes“, dessen Bedeutung wir nicht begreifen können, aber dessen Wirkungen nur zu deutlich sind. Belloc spricht weiter von den Versuchen, die im Versailler- und anderen *Friedensverträgen* gemacht wurden, um die Juden und andere preisgegebene Minderheiten in Osteuropa zu schützen. Er zieht folgende Schlüsse:

1. Die Friedensverträge, soweit sie auf die Juden Bezug haben, wurden durch „einige reiche Juden“ diktiert.
2. Die Macht dieser Diktatoren wurde durch Bestechung gesichert.
3. Die so Bestochenen führten die Verhandlungen; es sind Präsident Wilson, Lloyd George, Clemenceau und ihre Kollegen bei den übrigen allierten Nationen.

Die Bemerkungen über Monopole, wie diejenigen über friedenschließende Politiker und ihre Bestecher stellen ein Gemisch von Anspielungen und versteckten Drohungen dar. Für die behaupteten Tatsachen ist weder ein Beweis erbracht, noch ist eine Nennung der Namen der Beschuldigten erfolgt. Belloc weiß sehr wohl, daß der oberflächliche Leser die Spitze einer solchen Anspielung im Gedächtnis behalten wird.

Belloc schlägt eine *Lösung des jüdischen Problems* vor, die kein ehrlicher Jude in einem freien Lande annehmen kann. Er sagt: Die Sache ist sehr einfach; du hast nur anzugeben, daß du dein ganzes Leben ein *Heuchler und Lügner* gewesen bist. Gib dies zu, dann wird alles rosig sein. Stellst du dies in Abrede, dann wirst du ermordet werden. Das wäre zwar sehr zu beklagen, aber es kann keine andere Abhilfe geben, wenn du darauf bestehst zu behaupten, daß du ein vertrauenswürdiger Mann und patriotischer Staatsbürger einer christlichen Nation bist.

III.

Welches ist nach Bellocs Ansicht das Problem und welches die Lösung? „Das Problem ist, daß die Juden eine Nation sind. Das Problem der ganz verschiedenen Kultur, Tradition, Rasse und Religion Europas macht diesen Erdteil zu einem ständigen Gegner Israels und das rapide Anwachsen dieses Gegensatzes gewinnt durch die Entdeckung einer unmittelbaren Lösungsmöglichkeit eine unmittelbare und durchaus praktische Bedeutung.“ Hier stellt Belloc eine Behauptung auf, die er beweisen müßte. Er vergißt manchmal, daß er die Juden eine „Nation“ genannt hat. Infolge eines Gedächtnisfehlers spricht er von einer „Rasse“.

Wir alle wissen ganz genau, daß Angehörige verschiedener Rassen sehr wohl in einer Nation harmonisch vereinigt werden können. Verschiedenheit der Rasse schließt nicht die Gemeinsamkeit des Bürgertums und nationale Duldsamkeit aus. Wenn sie es tun würde, dann könnte Belloc kein guter Staatsbürger Großbritanniens sein; das britische Reich und die amerikanische Republik wären unmöglich.

Belloc baut seine Beweisführung darauf auf, daß die Juden eine Nation sind, aber sein Bau hängt nicht von der Voraussetzung ab, daß es eine jüdische Nation gibt. Jude sein, heißt ein Staatsbürger der jüdischen Nation sein und aufhören Jude zu sein, ist einfach unmöglich. Folglich bilden die Juden überall in der Welt ein *fremdes Element*, nicht assimilierbar und daher immer mehr oder weniger in Reibung mit ihr. Dies ist das Problem. Die Lösung ist, daß die Juden sich überall als Fremdkörper betrachten und auch von anderen als solcher betrachtet werden sollen. Praktisch würde das bedeuten, daß die Juden einer *besonderen Besteuerung* unterworfen wären; sie würden kein Recht auf Vertretung im Parlament und anderen behördlichen Körperschaften haben und könnten dieses Recht auch nicht erwerben. Sie könnten nicht wählen. Diese Lebensbedingung würde, wenn sie den Juden zugebilligt würde, ein Privileg für sie bedeuten, das jederzeit widerrufen werden kann. Sie würden „*Gäste*“, d. h. vollständig *von der Höflichkeit ihrer „Gastgeber“* abhängig sein, die das unbegrenzte Recht hätten, ihnen ihr Verhalten vorzuschreiben und sie auszuweisen. Und gegen all dies könnte niemals durch ein internationales Gesetz oder durch eine Völkerliga eingeschritten werden. So würde die Lage sein, wenn die von Belloc vorgeschlagene Lösung des Problems erfolgen würde.

IV.

Wenn es ein Volk gibt, das inmitten der Veränderungen und des ständigen Wechsels der Umgebung 2000 Jahre lang sein ursprüngliches Wesen unverletzt und im letzten Grade unverändert bewahrt hat, kann dies nur als ein bloßes Wunder betrachtet werden. Bestimmt gibt es kein Volk, daß durch ununterbrochenen Wechsel der Umgebung so viele Erfahrungen gesammelt hat und an dessen Anpassungskraft so große und mannig-

faltige Anforderungen gestellt wurden, wie an die Juden. Trotzdem glaubt Belloc, daß 2000 Jahre dieses so schwierigen Anpassungsprozesses nicht an eine europäische Umgebung, sondern an die zahlreichen beständig wechselnden europäischen Umgebungen ohne Spur an den Juden vorübergegangen sind.

Die angeblich bestehende Aehnlichkeit eines Juden mit dem anderen und von ihnen allen mit ihren palästinensischen Vorfahren ist ein Hirngespinst Bellocs. Russische, deutsche, französische und englische Juden sind untereinander genau so verschieden, wie Russen, Deutsche, Franzosen und Engländer dies sind. Belloc erkennt zwar den Juden die Fähigkeit zu, sich äußerlich der Art und dem Ton der sie umgebenden Gesellschaft anzupassen, aber er behauptet, daß man stets den alten Juden wieder finden wird, der geistig vollkommen identisch mit seinem Glaubensgenossen in den verschiedenen Ländern ist. Belloc könnte diese Behauptung niemals aufstellen, wenn er die starken Antipathien kennen würde, die Juden verschiedener Nationen gegen Juden anderer Länder hegen. Es gibt viele amerikanische und englische Juden, die für deutsche und russische Juden genau das empfinden, was ein Amerikaner oder Engländer für Deutsche oder Russen empfindet. Sie betrachten sie als Fremde und sprechen auch als solche von ihnen.

V.

Belloc bezeichnet jeden, der es wagen sollte, die von ihm aufgestellten Behauptungen anzuzweifeln und die daraus gezogenen Schlüsse zu verwerfen, als Lügner, der mit Blindheit geschlagen ist. Die Geistesverfassung, die ihn berechtigt zu sagen, daß alle, die ihm nicht zustimmen, Lügner sind, mag beneidenswert sein, aber sie macht eine anständige und vernünftige Diskussion unmöglich.

Die Analyse des jüdischen Problems, die Belloc vornimmt, stellt keine offensichtliche Beleidigung des jüdischen Staatsbürgers der westlichen Länder dar. Aber kein Mensch, der seine gefährliche, anmaßende, entschiedene und radikale Gesinnung kennt, kann auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß er schwere Beleidigungen beabsichtigt hat. Die Schlußfolgerung ist und soll sein, daß jede Treueerklärung, jeder Lehenseid, den ein französischer, britischer, amerikanischer oder sonst in einem westlichen Lande lebender Jude geleistet hat, eine absichtliche und bewußte Lüge war.

VI.

Belloc stellt fest, daß der Krieg etwas ist, womit die Juden nichts zu tun haben, daß ihre prominentesten Finanzvertreter im Gegenteil alles getan hätten, was sie konnten, um ihn zu verhindern. Dies ist ein wichtiges Zugeständnis. Selbst wenn wir zugeben, daß die phantastische Annahme, die Juden seien eine Nation und jeder Jude sei nur seiner jüdischen Nation treu, richtig ist, so würde es doch ein Trugschluß sein, zu folgern, daß die Juden dem Kriegsausgang gleichgültig gegenüberstanden. Betont nicht Belloc, daß die Juden den Krieg zu verhindern suchten, es aber nicht konnten und daß sie durch Abschluß des Versailler Vertrages in der Lage wären, willkürliche Kontrollen auf die alliierten Politiker auszuüben, die nur als ihre bestochenen Werkzeuge tätig sind? Wir können, wenn wir von Bellocs Voraussetzungen ausgehen, nur zu dem Schluß kommen, daß anstatt an dem Ausgang des Krieges gleichgültig zu sein, seine jüdische Nation die stärksten politischen Gründe gehabt haben müßte, einen Sieg der Alliierten zu wünschen. Er würde natürlich auch sagen, daß gerade die britischen Juden kein Interesse an dem Schicksal Großbritanniens hätten, ebenso wären die deutschen und österreichischen Juden abgestumpft gegen das Schicksal ihrer Länder. Dies ist zwar nicht offen bestätigt. Aber es ist schwer zu sagen, wie Belloc es hätte vermeiden können, das eine ohne das andere zu behaupten. Denn nach seiner Ansicht gehört die Treue des Juden einzig und allein seiner eigenen Nation. Es ist eine von Bellocs Thesen, daß man nicht Patriot und gleichzeitig international sein kann. Seine Erklärung, daß eine Kombination von Patriotismus und Internationalismus „eine große moderne Lüge" ist, ist eine der höflichen Bemerkungen, die er in regelmäßig wiederkehrenden Abständen einfließen läßt, um sein wackliges Gebäude zu stützen.

VII.

Das Prinzip, daß Patriotismus und Internationalismus einander ausschließen, ist die Kardinalhetzerei des Chauvinismus. Von ihr ist die abscheuliche Doktrin abgeleitet: „My country — right or wrong".

Es ist klar, daß man nicht zu gleicher Zeit Patriot und Antinationalist sein kann. Wenn die Antinationalisten ihre Doktrin fälschlich als Internationalismus bezeichnen, dann kann Unkundigen kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie glauben, daß Internationalismus Patriotismus ausschließt. Der bekannte Vertreter des Antinationalismus, H. G. Wells schlägt in seinen Plänen zu einer Weltorganisation absichtlich die Verwischung der psychischen und physischen Grenzen zwischen den Nationen vor, in der Absicht, alle Rassen und Völker zu einer homogenen, vollkommen gleichen Menschenmenge zu verschmelzen und diese Menschenmasse einer Weltregierung zu unterwerfen, die, wie er ausdrücklich sagt, nicht „nach internationalem Recht, sondern nach Weltrecht" zu regieren ist. So lange diese Pläne Wells fälschlicherweise den Namen „Internationalismus" tragen, ist dies eine Entschuldigung für den Fehler, den Belloc macht. Internationalismus ist genau das Gegenteil von dem, was Wells sagt. Man kann der Welt als Verbesserungsplan der menschlichen Beziehungen nicht ein Pogramm anbieten, dessen erstes Erfordernis darin besteht, daß alle Menschen in den staatlichen Bildungsstätten und Schulen nach Platos Staatsideal geformt werden.

Bellocs Vorstellung von der Unvereinbarkeit von Patriotismus und Internationalismus ist unrichtig. Das richtige System wird das sein, in dem die verschiedene Individualität und Persönlichkeit jeder Nation nicht nur vollständig erhalten bleibt, sondern noch gesteigert und verstärkt wird; aber sie wird ihre Vervollkommnung nicht „auf Kosten der anderen", sondern durch Steigerung des Wohls aller anderen finden. Dies ist der vornehme Grundsatz des Internationalismus, den Mazzini aufstellt.

VIII, IX, X.

Wenn wir Belloc die Gerechtigkeit widerfahren lassen, die er anderen verweigert, so müssen wir festhalten, daß die These, die uns unglaublich scheint, für ihn tiefste Wahrheit darstellt. Belloc ist nicht nur ein römischer Katholik, sondern er ist jesuitisch erzogen und steht mit der unversöhnlichsten ultramontanen Partei in Verbindung. Belloc haßt und verachtet mit einer kaum vorstellbaren Kraft alle Arten des Christentums außer seiner eigenen; die jüdische Religion haßt er noch viel stärker. Die Existenz dieser Religion und des jüdischen Kults als eines Glaubensbekenntnisses, ist in seinen Augen nicht nur ein historischer Anachronismus, sondern eine Herausforderung Gottes. Für ihn ist Katholizismus und Zivilisation synonym. (Es folgt eine ausführliche Erörterung der Frage des katholischen Internationalismus, die wir hier nicht wiedergeben, da sie vorwiegend auf englische Verhältnisse zugeschnitten ist.)

XI.

Die jüdische Antwort an Belloc.

Sicher entspricht es den Tatsachen, daß in Großbritannien und Amerika einige Monopole in jüdischen Händen sind. Nur ein Fanatiker aber kann glauben, daß ein Monopol in jüdischen Händen schlimmer ist, als ein Monopol in den Händen eines Stinnes, Carnegie, Ford oder irgend eines anderen.

Die Orthodoxen (Zionisten?) haben oft verlangt, daß die Juden, die eine eigene Nation seien, als solche das Recht haben müßten, in einem gesonderten und unabhängigen Staat untergebracht zu werden. Die wichtigsten Anklagen, die Belloc erhebt, wurden ihm von zionistischen Rednern in die Hand gespielt. Bellocs Kapitel über den Zionismus zeigt, wie dieses Zugeständnis durch einen geschickten Wortführer verwertet werden konnte.

Sicher ist, daß Belloc beabsichtigt hat, die Juden Europas mit dem, was er über „Gast“ und „Gastgeber“ sagt, tötlich zu beleidigen. Man versetze sich nur in die Lage von Angehörigen der jüdischen Rasse, die in Frankreich oder England geboren sind und deren Angehörige seit Generationen dort leben, die vielleicht keine andere Sprache, als diejenige des Landes, in dem sie geboren sind, sprechen und die nicht mehr Kenntnisse der hebräischen Sprache oder der jüdischen Literatur als ihre christlichen Mitbürger besitzen, die ihrem Lande seit ihrer Geburt treu ergeben sind, die dafür leben und sterben. Sie werden sagen: Wir mögen Juden sein, dem Blute und der Religion nach, wie Sie Herr Belloc dem Blute nach Franzose und der Religion nach Katholik sind, aber nach Nationalität und Patriotismus sind wir mehr Engländer oder Franzose als sie. Oder mit anderen Worten: Wenn Jude sein dasselbe bedeutet wie Bürger einer Nation sein, dann müssen dem Juden auch die gleichen Rechte eingeräumt werden, die jeder andere Mensch genießt und er muß bestimmen können, ob er Angehöriger einer Nation sein will oder nicht. Jeder andere Mann, außer dem Juden, kann selbst entscheiden, welcher Nation er angehören will. Dies ist ein wesentlicher Punkt, den Belloc nie direkt erwähnt. Der Antisemitismus aber nimmt als unumstößlich an, daß die Juden Angehörige einer jüdischen Nation sind und unter keinen Umständen aufhören können, es zu sein.

Belloc hat sich als eifrigster Förderer des Unheils gezeigt, das er, wie er vorgibt, zu verhindern suchte.

Aus der Arbeit.

Einzelfälle und Ergebnisse eingeholter Erkundigungen.

Politisches.

Ludendorff: Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse.

Das neu erschienene Buch von Ludendorff: „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse“ beschäftigte die 58. Hauptversammlung des „Vereins deutscher Freimaurer“, die am 25. September 1927 in Dresden tagte. Sie hat einstimmig folgende Entschließung angenommen, die wir wörtlich hier wiedergeben mit dem Hinweis darauf, daß weiteste Verbreitung durch die Presse erwünscht ist:

I.

„In seiner kürzlich von ihm an weite Kreise versandten Schmähschrift „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse“ bezichtigt Erich Ludendorff die deutschen Freimaurer einer sittlichen und geistigen Minderwertigkeit, die dahin führe, daß sie bei ihren Bestrebungen — wie von jeher, so auch heute — unser Volkstum verrieten und dessen Unterwerfung unter eine Fremdherrschaft und unter deren das Deutschtum verderbende Pläne förderten. Die Großmeister der neun deutschen Großlogen als berufene amtliche Vertreter der deutschen Freimaurerei haben gegen diese Schmähschrift würdig und kraftvoll Einspruch erhoben. Diesem Einspruch schließt sich der Verein deutscher Freimaurer als die einzige freie wissenschaftliche Vereinigung deutscher Freimaurer vollkommen an.

Im Namen seiner 23000 Mitglieder weist dessen gegenwärtig tagende 58. Hauptversammlung diese Bezichtigung als eine ungeheuerliche Verleumdung zurück. Das wissenschaftlich ernste, jedermann zugängliche Schrifttum auch der letzten Jahrzehnte, das sich mit der deutschen Freimaurerei beschäftigt und das opferfreudige Verhalten und die Taten der einzelnen deutschen Freimaurer und deren Logen und Großlogen vor, im und nach dem Kriege erweisen klar und deutlich die Unwahrheit der von Ludendorff verbreiteten Phantasien. Jede ernste und unbefangene Unterrichtung läßt unzweideutig erkennen, daß bei den vielen Tausenden deutscher Männer, die sich in der Vergangenheit zur Freimaurersache bekannten oder dieser heute zugetan sind, von der ihnen in der Schmähschrift nachgesagten sittlichen Entartung, geistigen Beschränktheit und jämmerlichen Charakterlosigkeit in nichts die Rede sein kann.

Das Verfahren leichtfertiger Verhetzung, mit dem die Schrift die Ehre aller dieser Volksgenossen beschmutzt, wird vom Verein deutscher Freimaurer auf das tiefste beklagt, da es in unverantwortlicher

Weise zur Zerrüttung und Schädigung der unserem Volke heute mehr als je obliegenden gemeinsamen Aufbauarbeit beiträgt.

II.

Wie die deutschen Großmeister, erheben die in dem wissenschaftlichen Verein deutscher Freimaurer gegen Inhalt und Zweck der von Erich Ludendorff herausgegebenen Schmähschrift „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse" schärfsten Einspruch!

Unsere wissenschaftlichen Schriften und das Verhalten der deutschen Freimaurer vor, im und nach dem Kriege beweisen unsere treue deutsche Gesinnung, welche dem Aufbau des Vaterlandes in fruchtbarster Weise dient."

*

Die Zeitschrift des D. H. V. „Die Deutsche Handelswacht" brachte in ihrer Nummer vom 21. September eine zustimmende Besprechung von Ludendorffs Buch „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse". Wegen der Empfehlung dieses Buches erhielt der Schriftleiter zahlreiche Zuschriften von Mitgliedern, die Freimaurer sind und gegen Ludendorffs Behauptung von den „künstlichen Juden" und der Abhängigkeit der deutschen Orden von einer jüdischen Weltzentrale Stellung nehmen.

Der Schriftleiter der „Deutschen Handelswacht" erklärt daraufhin in Nr. 20 unter der Rubrik „Briefkasten", daß er nach Durchsicht dieser Zuschriften und nach dem Studium der eingesandten Schriften sagen müsse, daß die Schlüsse, die Ludendorff aus manchen mehr oder minder richtigen Voraussetzungen zieht, vielfach zu weit oder daneben gehen. Von einer absichtlichen systematischen Erziehung zu „künstlichen Juden" könne jedenfalls nicht die Rede sein. Ebenso stehe die Behauptung von einer Abhängigkeit der deutschen Orden von einer jüdischen Weltzentrale auf schwachen Füßen.

Keine Enzyklika gegen den Antisemitismus.

Vor einiger Zeit ging durch die österreichische Presse die Mitteilung, daß der Vatikan beabsichtige, eine Enzyklika gegen den Antisemitismus zu erlassen. Kurze Zeit darauf wurde jedoch dieses Gerücht dementiert. Das veranlaßte die „Wiener Morgenzeitung" in ihrer Nr. 3042 vom 19. August in einem Aufsatz: „Keine Enzyklika gegen den Antisemitismus" heftige Angriffe gegen den päpstlichen Stuhl und den Katholizismus zu richten. In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„. . . . . . Das Unglück, das über die Objekte dieser Bewegung gebracht wurde, kann niemand in Worte fassen und kein Buch reicht aus, um die Schicksale darzustellen, für die diese Geistesrichtung im schlimmsten Sinne bestimmend geworden ist. Von den mittelalterlichen Autodafés bis zu den blutigsten Pogromen, von den Ghettostürmen bis zu den Ueberfällen auf jüdische Friedhöfe zieht sich eine einzige Linie der schwersten Schuld. Sie ist soweit gediehen, daß der Vatikan heute eine Gegenmaßnahme, selbst wenn er guten Willens wäre, nicht versuchen kann."

Wie uns die Union deutsch-österreichischer Juden auf Anfrage mitteilt, hat diese Aeußerung, die aus taktischen Gründen außerordentlich bedauerlich ist, in Oesterreich kaum irgendwelche Beachtung erfahren.

In diesem Zusammenhange sei auf folgendes hingewiesen: Von wohl informierter Seite wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der Vatikan als eine vorwiegend theokratische Gesellschaft es nicht für nötig hält, in der Oeffentlichkeit über seine Schritte irgend jemandem Rechenschaft abzulegen. In dem Umstand, daß durch eine Indiskretion die oben erwähnte Aktion vorzeitig bekannt wurde, muß also mit ein Grund für ihr Scheitern gesehen werden.

Katholisches Kreuzbündnis (Temperenzler).

Unser Landesverband Oberschlesien macht uns davon Mitteilung, daß an einer Tagung des Katholischen Kreuzbündnisses (Temperenzler), die am 9. Oktober in Beuthen stattgefunden hat, auf persönliche Einladung hin der Gemeinderabbiner Professor Golinski teilgenommen habe. Im Gegensatz zu den Zeiten vor dem Kriege, in denen gerade solche Versammlungen dazu benutzt worden sind, gegen das sogenannte „jüdische Schnapskapital" und die zahlreichen jüdischen Schankwirte in Oberschlesien zu hetzen, sei der Geist der Tagung dieses Mal völlig einwandfrei gewesen. Der Vorsitzende des Vereins hob in seiner Festrede die Verdienste hervor, die sich der verstorbene Oberrabbiner Kopfstein um die Bekämpfung des Alkoholismus erworben habe und erwähnte u. a., daß er in seinem Leben überhaupt erst vier betrunkene Juden gesehen habe.

Wir machen unsere Mitglieder und Freunde auf die Versammlungen dieses Verbandes aufmerksam und bitten sie, gegebenenenfalls zu erreichen, daß nach dem Beuthener Vorbild gleichfalls Vertreter jüdischer Organisationen zu den Tagungen hinzugezogen werden.

Deutschgläubige Gemeinschaft.

Uns liegt das Flugblatt des Reichsamtes der deutschgläubigen Gemeinschaft, Braunschweig, Rudolfstraße 13, vor, daß zu einer Vertiefung der völkischen Bewegung nach der Richtung eines „deutschen Glaubens- und Gottestums" auffordert. Wie wir von evangelisch-theologischer Seite erfahren, kommt dieser Gemeinschaft keinerlei Bedeutung zu. Sollte sie in anderen Städten in Erscheinung treten, so bitten wir um Bericht.

Erpressungsversuch.

Vor einiger Zeit erhielten wir von einem Pfarrer aus Bayern ein Schreiben, in dem er uns mitteilte, daß er im Dienste der Volksmission Hunderte von Bekenntnissen deutscher Mädchen und Frauen habe entgegennehmen müssen, die den Sadismus einer großen Zahl jüdischer Männer kennzeichneten. Er habe diese Berichte gesammelt und ein Münchener Verlag habe ihm Mk. 100 000 für die Veröffentlichung angeboten. Er sei nun in Gewissenskonflikt darüber geraten, ob er sein Amtsgeheimnis in diesem Falle brechen dürfe, um die skandalösen Zustände der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Da er jedoch unsere Bewegung, die er aus der Monatsausgabe kenne, aufrichtig bewundere, bitte er uns unseren Rat, wie er aus diesem seelischen Konflikt herauskommen könne. Zum Schluß bat er um Antwort innerhalb 4 Tagen.

Da wir auf diesen plumpen Schwindel selbstverständlich nicht eingingen, erhielten wir noch drei weitere Briefe der gleichen Tendenz, aus denen immer deutlicher hervorging, daß es sich um einen Erpressertrick handelte. Um jedoch von unserer Seite nichts unversäumt zu lassen, hat eines unserer Hauptvorstandsmitglieder Gelegenheit genommen, mit der dem Pfarrer vorgesetzten Behörde zu sprechen. Bei einer Unterredung, die dann in Gegenwart des Pfarrers stattfand, erwiesen sich seine Angaben zum größten Teil als unwahr oder schrumpften auf ganz unwesentliche Dinge zusammen. Der Pastor erhielt von seiner Behörde einen ernstlichen Verweis.

Mädchenhandel.

Im Berliner „8 Uhr Abendblatt" erschienen unter dem Titel: „Die Geheimnisse des Mädchenhandels" eine Reihe von Aufsätzen von dem französischen Journalisten Albert Londres. In einem dieser Berichte beschäftigte sich der Verfasser auch mit dem sogen. „Jüdischen Mädchenhandel" und stellte zum Teil völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen auf.

Eine darauf bezügliche Vorstellung beim „8 Uhr Abendblatt" hatte den Erfolg, daß die Zusage erteilt wurde, es würden künftighin solche Unachtsamkeiten unter allen Umständen vermieden werden.

Gegen Friedhofsschändungen.

Aus Anlaß der Friedhofsschändung in Frankfurt a. M. brachte die sehr weit rechtsstehende „Frankfurter Post" einen Aufsatz, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

„. . . . Es ist selbstverständlich, daß wir diese Schandtat ebenso verurteilen, wie jeder anständig denkende Mensch, einerlei, in welchem Lager die Täter gefunden werden. Hier handelt es sich nicht um Glaubens- oder Parteisachen, sondern lediglich darum, daß ein Friedhof geschändet worden ist und daß diese Schandtat gebührend gesühnt wird. Um weiter nichts. Aus dieser ganz selbstverständlichen Erwägung hat auch unsere Zeitung das oben bezeichnete Inserat veröffentlicht. Die rechtsstehende Bevölkerung hat genau dasselbe Interesse an der Entdeckung der Täter wie der Zentralverband der Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ja wenn — worauf äußerlich betrachtet, die Hakenkreuze und Inschriften auf den geschändeten Gräbern hinzudeuten scheinen — die Täter wirklich im Lager der Rechten sitzen sollten, so hätte die nationale Bevölkerung Frankfurts erst recht ein Interesse daran, daß die polizeilichen Ermittlungen bald zum Ziele führen und die Täter der verdienten Strafe überantwortet werden. Denn mit solchen Elementen hat kein anständiger Bürger irgendeine Gemeinschaft, und wenn unter der Marke schwarz-weiß-rot eine Gemeinheit begangen wird, so ist sie in gleicher Weise und von unserem Standpunkt noch weit mehr zu verurteilen, als wenn sie im Zeichen schwarz-rot-gold oder unter einer anderen Maske verübt wird. Darüber sollte es unter vernünftigen Menschen gar keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Es hat aber doch den Anschein, als ob es Leute gäbe, denen solche Gedankengänge nicht einleuchten wollen. Das beweist das Schreiben eines sich nationaldenkend nennenden Frankfurter Bürgers an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. Er schreibt, er sei empört, in einer rechtsgerichteten Zeitung ein Inserat zu finden, wie den oben erwähnten Aufruf; er habe bisher geglaubt, es mit einer anständigen nationalen Zeitung zu tun zu haben, sei aber durch dieses Inserat eines Besseren belehrt worden und bestellt daher die Zeitung ab.

Aus Höflichkeit sei der Name des Briefschreibers verschwiegen. Er und Leute seines Schlages aber mögen sich einmal ein offenes Wort gesagt sein lassen: National sein heißt nicht, sich selbst für etwas Besseres und alle Andersdenkenden für minderwertig halten, heißt nicht, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit seiner nationalen Gesinnung strunzen und dicke Töne reden; heißt nicht, sich vor der Tatsache verstecken, daß in allen Lagern, auch im schwarz-weiß-roten, anständige Leute und Lumpen anzutreffen sind. Am allerwenigsten aber heißt national sein: eine Gemeinheit in Schutz nehmen, sie womöglich gutheißen, weil sie an einem Andersdenkenden begangen worden ist.

Der Briefschreiber ist leider nicht der Erste und Einzige, der uns Steine in den Garten wirft, weil die Zeitung einen Unterschied zu machen weiß zwischen politisch-weltanschaulichen Begebenheiten und den Forderungen von Anstand und Sitte. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß manche Leser unserer Zeitung den Rücken gekehrt haben, weil sie in ihr nicht das gefunden haben, was ihrer eigenen Geistesverfassung entsprochen hätte. Man schämt sich, wenn man die Zuschriften liest, die mit großer Regelmäßigkeit einlaufen und der Redaktion beibringen wollen, in welchen Formen sie den Kampf der Meinungen zu führen habe. Betrachtet man sich diese Leute einmal aus der Nähe, so sind es immer wieder dieselben, die bei patriotischen Anlässen den Zylinder aufsetzen, kräftig Hurrah schreien und mit lauter Aeußerlichkeiten der nationalen Sache gedient zu haben glauben. Maulhelden, die jederzeit bereit sind, dem und jenem zu bescheinigen, daß er sich nicht national und nicht „stramm" genug gebärdet, die aber selber in dem Augenblick versagen, wo eine beherzte Tat, ein tapferes Bekenntnis oder ein — Opfer von ihnen verlangt wird. Maulhelden, die mit ihrem unüberlegten Dreinschwätzen in den eigenen Reihen nur Verwirrung anrichten und nach außen hin die Sache der sie zu dienen glauben, in Verruf bringen. Leute, die sich wie Bleiklötze an die wenigen hängen, die wirklich produktive Arbeit leisten, geräuschlos und ohne große Gesten; es sind ja überall und immer nur wenige Schultern, auf denen die Last der Arbeit und Verantwortung ruht. So macht doch wenigstens den Leuten, die für Euch arbeiten, wo ihr feiert, die für Euch die Verantwortung tragen, wo Ihr nur gedankenlos dahinredet, das Leben nicht sauer! Und bedenkt einmal: daß ein Narr in einer Stunde mehr einreißen kann, als hundert vernünftige Menschen während eines ganzen Jahres mit Mühe und Fleiß aufgebaut haben."

Was sind Jagdkorps?

Unter diesem Titel brachte Nummer 26 der „Deutschen Jägerzeitung" vom Juni 1927 einen Aufsatz, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„. . . An die Seite der alten, schon vorhandenen Jagdvereine, unter denen der wichtigste unbestreitbar der schon über 50 Jahre bestehende Allgemeine Deutsche Jagdschutz-Verein (A. D. J. V.) ist, traten teils neue Jagdorganisationen von Reichs- oder Ländercharakter, wie die Jagdkammern, teils Vereine von mehr oder weniger örtlichem Charakter, wie die zahlreichen einzelnen kleineren Jagdvereine, deren außerordentlich wichtige Bedeutung in bezug auf hegerische Kleinarbeit innerhalb der Mitgliederkreise ohne allen Zweifel anerkannt werden muß.

So entstanden nach 1918 allenthalben als neue Korporationen die Wehrschaften als Pflegestätten des uns wirklich so bitter notwendigen Geistes der Wehrhaftigkeit, der durch „Friedens"-Vertrag, innere

und äußere Feinde möglichst zum Sterben gebracht werden soll. Aber nicht nur das Festhalten am Wehrgedanken ist uns tatsächlich eisern notwendig, sondern auch für unsere deutsche Jägerei noch besonders das Festhalten am weidmännischen Gedanken, den neben uns Germanen kein zweites Volk der Erde in gleicher Tiefe und Reinheit empfindet.

Aus natürlichem Zusammengehörigkeitsgefühl schlossen sich so die Korporationen mit gleichen Grundlagen zusammen, sodaß jetzt von den 5 bestehenden Jagdverbindungen die drei Jagdkorps Masovia-Berlin, Hubertia-Halle, und Hubertia-Breslau im Kartell akademischer Jagdverbindungen (K. A. J. V.) zu gemeinsamer Arbeit vereinigt sind. Infolge getrennter Auffassung verschiedener Fragen sind leider die Jagdkorps Hubertia-Leipzig und A. J. V. Borussia-Hannover nicht Mitglieder des Kartells.

Die Schaffung eines eigenen Jägerkartells war naturnotwendig. Bei einem Anschluß an schon bestehende ältere studentische Verbände würden die jüngeren und schwächeren Jagdkorporationen unweigerlich die für ihre Weiterentwicklung erforderliche Selbständigkeit verlieren. Außerdem hätte natürlich das jagdliche Prinzip den betreffenden einzelnen Verbandsprinzipien gegenüber an zweite Stelle treten müssen, und dazu ist die jagdliche Einstellung wirklich zu wertvoll.

Aktiv werden kann jeder jagdlich Interessierte ordentliche Studierende rein arischer Abstammung, gleichviel welcher Hochschule oder Fakultät er angehört.

Wie alle im Hochschulring zusammengeschlossene Verbindungen haben auch die Jagdkorps großdeutsche Zielsetzung."

Ein Gewährsmann, den wir über diese Organisation befragt haben, bezeichnet die Jagdkorps als akademische Korps, deren Organisation ähnlich geartet sei, wie die des Kösener S. C. Getreu der Korps-Tradition, nehmen sie keine Juden auf. Politisch spielen sie keine Rolle.

Flugblattagitation der N. S. D. A. P.

Zu der in Nr. 5, Jahrgang IV, unter „Flugblattagitation der N. S. D. A. P." des C. V.-Dienstes behandelten Angelegenheit teilen wir noch mit, daß ein Bescheid des Regierungspräsidenten in Oppeln ergangen ist, der folgenden Wortlaut hat:

„Es trifft zu, daß von Nationalsozialisten in der Stadt Beuthen (O.-S.) verschiedentlich Plakate, die Ankündigungen von Versammlungen enthielten und mit dem Hakenkreuz versehen waren, an verbotenen Stellen u. a. an Häusern, die einen jüdischen Besitzer haben, angeklebt worden sind. Die Täter konnten jedoch trotz eingehender Erhebungen nicht überführt werden. Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Beuthen (O.-S.) ist am 9. v. Mts. wegen Uebertretung der §§ 79 und 83 der Straßenpolizeiverordnung vom 5. 6. 1915 mit 4 Reichsmark oder 1 Tag Haft bestraft worden, weil er ohne Genehmigung Plakate hat ankleben lassen.

Die Polizeibeamten sind angewiesen, auf das unberechtigte Anbringen von Plakaten — nach den geltenden ortspolizeilichen Bestimmungen ist das Ankleben von Plakaten nur an den hierfür bestimmten Anschlagsäulen und Tafeln gestattet — streng zu achten und bei Zuwiderhandlungen Strafanzeige zu erstatten."

Stahlhelm.

In einer von der Organisation „Stahlhelm" veranstalteten Versammlung in Stolp sprach Oberstleutnant a. D. Ahlemann über das Thema: „Deutsches Volk, wer rettet Dich?" In dem Vortrag, der u. a. ein rückhaltloses Bekenntnis zu Ludendorff enthielt, wurden Juden und Freimaurer auf das Heftigste angegriffen.

Diese Tatsache ist deshalb bemerkenswert, weil der zu der meist einwandfreien Haltung der Bundeszeitung „Der Stahlhelm" in schroffem Gegensatz steht.

In diesem Zusammenhang sei folgender Vorfall mitgeteilt:

In Nr. 42 des „Stahlhelm" befand sich unter der Ueberschrift „Kommunistische Skandalszenen" eine Notiz von der die folgenden Sätze merkenswert sind:

„Steht da in der Mittagsstunde in einem kleinen Zigarrenladen ein junger Mann und hält eine politische Rede. Er erzählt vom Hindenburgsonntag. Er habe mit 200 Mann Rotfront und 100 Mann Reichsbanner, ohne Abzeichen, aber schwer bewaffnet mit Pistolen und Gummiknüppeln, und in Gruppen verteilt, in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten Aufstellung genommen. Wenn durch das Absingen der Internationale eine Prügelei entstanden wäre, dann hätte er ohne weiteres geschossen. Zum Schluß sei er mit den Herren Wirth, Loebe und Montgelas in einem Auto hinter Hindenburg hergefahren, das ein schnell hergestelltes Plakat „Pressewagen" trug. Das Volk habe ihnen zugejubelt, in der Annahme, sie gehörten zum Gefolge. Da habe der Reichskanzler Wirth gesagt: „Da seht ihr, wie dumm diese Deutschen sind." Der junge Mann, der dies erzählte, und der noch von der Neujahrsfeier sein Gebetbuch unterm Arm hatte, heißt Arno Levinthal und trägt auf seiner Visitenkarte stolz den Untertitel „Geschäftsstelle Deutsche Republik", Herausgeber Reichskanzler a. D. Dr. Wirth."

In einer in Nr. 43 des „Stahlhelm" veröffentlichten Zuschrift erklärte Herr Arno Levinthal, mit dem wir uns sogleich in Verbindung gesetzt hatten, die ihm unterschobenen Aeußerungen für frei erfunden. Er habe kein Wort über die Bewaffnung des Reichsbanners gesagt, ferner kein Wort davon, daß er mit Loebe, Wirth und Montgelas in einem Auto hinter Hindenburg hergefahren sei. Wirth sei an diesem Tage überhaupt nicht in Berlin gewesen. — Reichstagspräsident Löbe und Graf Montgelas sandten gleichfalls Berichtigungen an den „Stahlhelm" und stellten energisch fest, daß sie mit diesem Vorfall nichts zu tun hätten.

Trotz der üblichen Kommentare, mit denen der „Stahlhelm" die verschiedenen Veröffentlichungen versieht, bleibt die Tatsache einer ungenauen Berichterstattung bestehen.

Artamanenbewegung.

Die Entwicklung des unter der Bezeichnung „Artamanenbewegung" bekannten freiwilligen Arbeitsdienstes jugendlicher Städter auf dem Lande wird von uns ständig mit Aufmerksamkeit verfolgt, da sie sich fast völlig in Händen der Nationalsozialisten befindet. Sie ist, wie wir von best unterrichteter Seite erfahren, fast bedeutungslos, da sie insgesamt nur etwa 1700 Angehörige zählt. Die Zahl ist dauernd in der Abnahme begriffen. Die Zerfallserscheinungen scheinen besonders aus dem Unterschied zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern herzurühren, der sich auf dem Lande kraß auswirkt. Die jungen Leute, die häufig besseren Ständen entstammen, erhalten sehr geringe Löhne und fühlen sich dadurch ausgenutzt.

Diese Auffassung wird uns bestätigt durch die authentische Mitteilung eines nicht der nationalsozialistischen Bewegung angehörenden Artamanen, der sich unter anderem folgendermaßen über seine Erlebnisse äußert:

„Von unseren acht Artamanen sind bereits zwei entlassen worden, da diese nicht für ein paar Bettelpfennige, nämlich Mk. 7,55 pro Woche, Arbeiten leisten wollten, die man in der Stadt kaum Schwerarbeitern zumutet. Aber es geht alles bis aufs Sparen. Dazu bleibt nichts übrig; denn den Lohn braucht man für den Aufstrich; Butter, Wurst, Käse usw. gibt es ja nicht bei unserer „vollständigen" Verpflegung. Wenn ich nach Hause komme, nach Ablauf unseres Vertrages, steht man genau so da wie vordem. Vielleicht hat sich bis dahin aber der Arbeitsmarkt so gebessert, daß man eine Stellung erhält. Unser Vertrag läuft, wie ich Ihnen gegenüber schon äußerte, erst am 15. Dezember ab. Ich sprach jetzt mit unserem Chef und der ließ verlauten, daß er mit einer evtl. früheren Entlassung einverstanden wäre. Dann verdient dieser Herr Baron X. an uns Artamanen rund Mk. 400 extra, und das ist etwas für die Großgrundbesitzer. Hier auf dem Lande lernt man dieses schwarz-weiß-rote Gesocksch erst richtig beurteilen. National bis an den Geldsack und dann Egoist. Und trotzdem kein Jude. Ueber Juden würde man in diesem Falle bestimmt in der Presse der Völkischen usw. von den Arbeiterausbeutern reden. So aber, bei einem Baron heißt es „Die notleidende Landwirtschaft", ganz wie es eben ins Programm paßt. Außer einem Mitglied des Großdeutschen Jugendbundes bin ich der einzige Nichtnationalsozialist unter den Artamanen von . . . Deshalb hat man aber einen um so schwereren Stand gegenüber den Angriffen, die von dieser Seite auf alles, was nicht in ihr Horn bläst, gemacht werden. Damit schüchtert man uns aber nicht ein. Abends zu den Sprechabenden haben wir schon die tollsten Diskussionen erlebt, sodaß man mich aufforderte, mit zur N. S. D. A. P. zu gehen und dort meine Erwiderungen vom Stapel zu lassen. Was das aber für Zweck hat, wissen wir zur Genüge von . . . . her. Alles geht nach dem Motto: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!"

Ein neuer Domela.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten" und verschiedene andere Blätter brachten Ende Juli d. Js. in großer Aufmachung Aufsätze mit der Ueberschrift: „Ein neuer Domela verhaftet". Es handelte sich um die Schilderung einer Betrugsaffäre, in der sich ein angeblich jüdischer Musiker, der als Cellist einer Kaffeehauskapelle nach Eisenach kam, als Graf Bernstorff ausgegeben hatte. Unter diesem Namen hatte er zwei kleinere Betrügereien im Betrage von etwa Mk. 100,— begangen.

Wir haben auf Grund unserer Nachforschungen in Erfahrung gebracht, daß der sogenannte „Domela II." Siegfried Bodo Franke heißt; er wurde am 5. Juni 1906 in Kiel geboren und ist evangelischer Konfession.

Zum eigentlichen Fall Domela ist Folgendes nachzutragen: Die Angelegenheit ist in der linksstehenden Presse vielfach stark aufgebauscht worden. Wenn wir auch dem Vorfall als solchem fern stehen, möchten wir doch vor einer Benutzung dieses Materials warnen, da allem Anschein nach Domela keine einwandfreie Persönlichkeit ist.

Flieger Levine.

Durch die deutsche Presse ging die Notiz, daß die amerikanische Regierung Levine auf Zahlung von 100 000 Dollar verklagt habe. Diese Summe sollte aus Gewinnen herrühren, die Levine durch die Veräußerung von Kriegsmaterial unrechtmäßigerweise zugeflossen seien. Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten:

„Der Anspruch des Kriegsministeriums wird durch die Behauptung gestützt, daß Levine für den der Regierung zustehenden Betrag nicht einwandfrei Rechenschaft abgelegt habe. Das Justizministerium nimmt dazu den Standpunkt ein, daß viele solcher Klagen zwischen Regierung und Privatpersonen laufen und daß an der Angelegenheit nichts Ungewöhnliches ist. Keine Gerichtsaktion irgendwelcher Art ist unternommen worden, auch ist eine solche nicht beabsichtigt. Es wird angegeben, daß die Regierung sich bemüht, eine freundschaftliche Regelung mit Levine durch seinen Anwalt zu treffen. Die Verhandlungen schreiten vorwärts."

Die Transaktion, die Levine mit dem amerikanischen Kriegsministerium abgeschlossen hat, soll mehrere Millionen Dollar betragen.

Albrecht Wirth: „Deutsche Geschichte von 1870 bis zur Gegenwart."

Unter obigem Titel erschien im Verlag Alfred Kröner, Leipzig 1926 ein Buch, das uns an folgenden Stellen zu Beanstandungen Anlaß gab.

Seite 33: „Der Krieg 1870/71".

„Der preußische Staatsminister berief ihn, Bleichröder, da er selbst mit internationalen Geldgeschäften nicht allzu vertraut war, als finanziellen Berater und Sachverständigen ins Hauptquartier. ‚Er soll sich mit seinen Glaubensgenossen beriechen'. Dadurch überließ der Kanzler diese wichtige Sache der jüdischen Hochfinanz . . . Gleichwie aber zu Anfang des Krieges die preußische Regierung sofort einen der Hauptschreier, den Juden Jakobi von Königsberg, ins Gefängnis geworfen hat . . . ."

Seite 37: „Die Belagerung von Paris".

„Es ist allgemein aufgefallen, daß von den Zerstörungen allein die Paläste der reichen Juden verschont blieben."

Seite 59: „Die Entstehung der Sozialdemokratie".

„Die theoretischen Urheber des deutschen Sozialismus waren drei Juden: Marx (Mardochai), Lassalle und Engels."

Seite 172: „Der Weltkrieg".

„Andere Hilfe bekamen die Russen, ohne es zu wissen, durch die jüdischen Händler der Donaumonarchie, die unter anderem Przemysl, um sich selbst zu bereichern, schlecht verproviantierten."

usw. usw.

Wir haben durch Vermittlung eines uns nahestehenden Herrn die Verbindung zu dem Inhaber des Verlages herstellen lassen. Dieser erklärte uns in aller Form, daß er bei einer Neuauflage des Buches dafür sorgen werde, daß die von uns beanstandeten Stellen gestrichen bezw. so geändert werden sollen, daß sie der Wahrheit entsprechen und keinerlei Anstoß mehr erregen können.

Wir bitten unsere Freunde, uns davon Mitteilung zu machen, ob über die Verbreitung des Werkes etwas bekannt ist.

Monatsschrift für höhere Schulen.

In der „Monatsschrift für höhere Schulen", herausgegeben von Prof. Dr. Max Sieburg, Bonn, erschien ein Aufsatz von Dr. phil. H. Volkmann, Marburg, „Ein neuer Fund zur Geschichte des Antisemitismus im Altertum". Gegen Ende dieses Aufsatzes, der zu Beginn rein sachlich gehalten ist, schreibt Dr. Volkmann „Die Juden beschränkten sich eben nicht auf ihre Heimat, sondern suchten als Schmarotzer überall Nutzen zu ziehen." Der Schlußsatz bezeichnet die Urkunde als ein interessantes Dokument, „das uns ein noch heute in der Gegenwart bestehendes Problem in vergangener Beleuchtung zeigt."

Wir haben die Angelegenheit mit verschiedenen Herren eingehend durchgesprochen und werden versuchen, einen Gegenartikel in der „Monatsschrift für höhere Schulen" unterzubringen.

Georg Simmel.

Ueber die Herkunft des bekannten Philosophen Georg Simmel wird uns folgendes mitgeteilt: Simmel stammt von Juden ab, wurde aber als Neugeborener evangelisch getauft. Er selbst hat sich stets unter die Juden gerechnet. Es ist anzunehmen, daß er sich auf offiziellen Listen als Jude oder als konfessionslos bezeichnet hat.

Von seiner Frau, die Christin war, ist bekannt, daß sie nach seinem Tode den Verkehr mit einer im Verdacht judenfeindlicher Gesinnung stehenden Familie mit der ausdrücklichen Begründung abbrach, sie könne im Andenken an ihren Mann, der sich zeitlebens als Jude gefühlt habe, in dem Hause nicht verkehren.

Frau Stresemann.

Das „Deutsche Tageblatt" veröffentlicht in seiner Nummer 228 ein Dokument, aus dem eindeutig hervorgeht, daß die Frau des Reichsaußenministers Stresemann einer jüdischen Familie entstammt; und zwar handelt es sich um die Wiedergabe einer Geburtsurkunde des Bruders der Frau Stresemann, in der ihre Eltern der Kaufmann Adolf Kleefeld und seine Frau Toni Kleefeld geborene Heinemann zu Kassel als Angehörige der mosaischen Religion bezeichnet sind.

Holberg: Ulysses von Ithaka.

Im Künstlertheater in München wurde das Schauspiel „Ulysses von Ithaka" von Holberg, neu bearbeitet von Jürgen Fehling, aufgeführt. Das Stück endet mit dem Ausruf des Ulysses: „Ich hätte, anstatt gegen Troja zu ziehen, alle Juden ausrotten sollen". Dieser Ausspruch steht mit dem Gesamtinhalt des Stückes in keinem Zusammenhang, sondern stempelt die ganze Aufführung ohne jede innere Notwendigkeit zu einer parteipolitischen Kundgebung.

Der Landesverband Bayern wandte sich an die Intendanz der Staatstheater mit der Bitte um Abstellung dieses Mißstandes. Er erhielt daraufhin die Mitteilung, daß Auftrag gegeben worden sei, den beanstandeten Schlußsatz wegzulassen.

Der Kronprinzenpreis.

Zeitungsnachrichten zufolge, die uns von Gewährsleuten bestätigt werden, hat sich in Oels folgender Vorfall zugetragen:

Für ein Sportfest des Schülersportklubs in Oels, auf dem leichtathletische Wettkämpfe ausgetragen wurden, hatte der ehemalige Kronprinz ein Bild mit seiner Unterschrift als Ehrenpreis gestiftet. Zufällig wurde das Bild von einem jüdischen Sportsmann gewonnen. Da der Kronprinz an seine Gabe die Bedingung geknüpft hatte, daß sie nur an Personen gegeben werden dürfe, die ihren inneren Wert richtig zu würdigen verstehen, führte dieser Ausfall der Preisverteilung zu Unterhandlungen, die damit endigten, daß der Kronprinzenpreis gegen eine andere Gabe ausgetauscht wurde.

Deutsche Volkspartei.

Einem in Nr. 31 des „Hamburger Abendblattes" vom 3. Oktober 1927 erschienenen Aufsatz, betitelt: „Bürgerliche Führung gegen den Antisemitismus", entnehmen wir die folgenden Sätze aus einer Rede des Generalsekretärs der Deutschen Volkspartei W. O. Rose, die anläßlich einer Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei in Elmsbüttel gehalten wurde:

> „Eine liberale Partei, wie die Deutsche Volkspartei, würde sich immer gegen den Antisemitismus wenden. Hamburg, in dem in alten wie in neuen Zeiten jüdische Mitbürger große Leistungen für die Wirtschaft wie für den Staat vollbracht haben, wird über den Antisemitismus zur Tagesordnung übergehen."

„Die Juden in der Wiener Polizei".

In dem „Völkischen Beobachter" Nr. 215 vom 18./19. September befand sich ein Aufsatz über „Die Juden in der Wiener Polizei", in dem von einer vollkommenen „Verjudung" dieser Behörde gesprochen wurde.

In einem Aufsatz, den Regierungsrat J. Kreppel im „Israelitischen Familienblatt" vom 5. 10. veröffentlichte, findet sich hierzu folgende Aeußerung:

> „. . . . Wie steht es nun mit der Richtigkeit dieser Behauptung? Ist die Wiener Polizeidirektion wirklich verjudet? Die Herren Hofrat Pollak und Hofrat Wahl sind wohl jüdischer Abkunft, aber sie haben längst das Judentum verlassen und denken an nichts weniger, als „jüdische Politik" zu machen. Seit Dezennien werden bei der Polizei keine Juden mehr angestellt, und wie es mit der „Verjudung" derselben bestellt ist, dafür mag die folgende Tatsache als Illustration dienen: In Oesterreich ist seit einigen Jahren eine Sperre für die Neuaufnahme von Beamten in Kraft. Vor einigen Monaten mußte diese Sperre zugunsten der Wiener Polizei außer Kraft gesetzt werden, da sich in diesem Dienstzweig Neuaufnahmen als dringend notwendig erwiesen. Es handelte sich um 100 neue Stellen, die zur Besetzung gelangten. Auch einige Juden meldeten sich; aber ohne jede Zeremonie wurde ihnen seitens der maßgebenden Faktoren eröffnet, daß wohl staatsgesetzlich keine Hindernisse für die Aufnahme von jüdischen Bewerbern vorhanden sind, aber — die Atmosphäre sei derart, daß die jüdischen Kandidaten bei ihrem Eintritt einen so schweren Stand haben würden, daß es sich nicht verlohne, auch nur den Versuch zu machen . . . So sieht die „Verjudung" der Polizei aus. Die erwähnte jüdische Beamtin wurde wohl vom Dienst suspendiert als von antisemitischer Seite gegen sie eine Denunziation einlief, aber ihre Unschuld stellte sich bald heraus, und so leistet sie denn wieder Dienst. Die Hetze mußte also auch nach dieser Richtung Schiffbruch erleiden."

„Eine lehrreiche Hundetragödie“.

Die „Deutsche Handelswacht“ brachte in ihrer Nummer vom 21. September einen Artikel „Eine lehrreiche Hundetragödie“, die im „Montag Morgen“ gestanden haben sollte und die sich in höhnischer Weise über den totgefahrenen Hund einer Berliner Jüdin lustig machte. In ihrer Nummer vom 24. Oktober mußte dann die Redaktion unter der Rubrik „Briefkasten“ berichtigend mitteilen, daß die „Lehrreiche Hundetragödie“ nicht im „Montag Morgen“, sondern in dem völkischen Montagsblatt „Angriff“ gestanden habe. In der gleichen Berichtigung wurde mitgeteilt, daß der „Angriff“ die Notiz als reines Phantasieprodukt zur „scherzhaften Verhöhnung der Schreibweise jüdischer Journalisten“ erklärt habe. Die Schriftleitung der Deutschen Handelswacht fügt zwar hinzu, daß sie bei allem Sinn für Humor und Satire derartige „scherzhafte Verhöhnungen“ nicht für ein erlaubtes Kampfmittel halte, gibt aber trotzdem dadurch, daß sie die Notiz selbst in großer Aufmachung und die Berichtigung klein gedruckt im „Briefkasten“ bringt, zu erkennen, wo ihre wahren Sympathien sind.

Kapitänleutnant von Muecke.

Es ist uns wiederholt gemeldet worden, daß Kapitänleutnant von Muecke in seine Vorträge judenfeindliche Bemerkungen einflicht. Vor einem Besuch dieser Vorträge muß also gewarnt werden.

Wirtschaftspolitisches.

„Die jüdische Presse.“

Aus Anlaß der Versendung des Aufrufs von Wilhelm Michel „Kampf gegen Gräber“ ist Herrn Prof. Goldstein-Darmstadt u. a. der Brief eines Universitätsprofessors zugegangen, der zu einem längeren Briefwechsel Anlaß gegeben hat. Obgleich er teilweise in C. V.-Z. und C. V.-D. bereits behandelte Stoffe berührt, geben wir ihn ausführlich wieder, da er in der Art der Fragestellung besonders typisch, und in der Art der Fragebeantwortung besonders instruktiv ist.

Sehr geehrter Herr Professor!

In Ihrer Danksagung für die Zusendung des Aufrufes von Wilhelm Michel „Kampf gegen Gräber“ fügen Sie einige Zeilen der Anerkennung bei, die ich nicht ganz unwidersprochen lassen möchte.

Sie wissen, daß, trotzdem nunmehr fast die gesamte deutsche Presse sich gegen die Schandtaten der Friedhofsschändungen gewendet hat, inzwischen abermals in Köln und in Essen sich solche Vorfälle in bisher noch nicht da gewesenem Ausmaße ereignet haben. Ich bin daher der Ansicht, daß man derartige Auswüchse im öffentlichen Leben Deutschlands, selbst wenn man sie als „Mode“ bezeichnet, mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, bekämpfen muß, denn sie kränken ja nicht nur uns deutsche Juden, sondern schädigen darüber hinaus auch das Ansehen Deutschlands. Wie weit die Verhetzung bereits gediehen ist, wird blitzartig dadurch erleuchtet, daß inzwischen auch der christliche Friedhof in Belgard in Pommern von unbekannten Tätern zerstört worden ist, daß außerdem erst am vergangenen Sonntag in Leobschütz Kinder von 11 bis 12 Jahren die dortige Synagoge besudelt und Kultgegenstände in ihr zerstört haben.

Wenn Sie nun weiter schreiben, daß sich die sogenannte „Judenpresse“ — ich unterlasse es absichtlich, in eine Polemik über dieses Wort einzutreten — gegen die Schandtaten in Mexiko nicht gewendet habe, so trifft das zum mindesten auf die tatsächlich jüdischen Zeitschriften nicht zu. Ich erlaube mir nur, als Beispiel (ich könnte sie vermehren) die Nr. 29 der „C. V.-Zeitung“ beizufügen und Sie dort auf den Aufsatz „Der Präsident von Mexiko“ zu verweisen. Ferner liegt diesem Brief die C. V.-Zeitung Nr. 34 bei, in der gegen die Ausschreitungen in Belgard scharf Stellung genommen wird.

In vorzüglicher Hochachtung

gez. Prof. Goldstein.

*

Hochgeehrter Herr Professor Goldstein!

Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihre Zeilen und die gütige Zusendung der C. V.-Blätter, die ich in meinem Wartezimmer (neben dem Abwehrblatt) lange aufliegen hatte, bis ich das wegen ihrer Einseitigkeit unterlassen mußte. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich den Ausdruck „Judenblätter“ nicht im Tone der antisemitischen Presse angewendet habe. Letztere ist mir schon wegen ihrer Dummheit ein Greuel. An der Tatsache, daß wir eine Judenpresse haben, ist doch nichts zu ändern! Und zwar ist diese zweierlei Art. Wir haben 1. Blätter, welche von Juden zur Wahrung jüdischer Interessen herausgegeben werden, 2. Blätter, die ohne solches Programm in Judenhänden sind. (z. B. Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung, Neue Freie Presse usw.) Ein politisches oder ein Werturteil ist damit nicht gefällt.

Was den Hauptpunkt unserer Differenz betrifft, bin ich leider hartnäckig. Die Friedhofsschändungen sind entsetzliche Roheiten. Immerhin sind Untaten an Toten m. E. nicht so bedeutungsvoll, wie solche an Lebenden, seien es nun Juden oder Nichtjuden (Pogrome, Sowjetschandtaten, mexikanische Greuel). Was ich an der jüdischen Presse beider Art tadele, ist — die eine C. V.-Zeitung-Schwalbe dürfte doch keinen Sommer machen — daß wohl Kränkungen der Juden gebracht werden, Verfehlungen dagegen, die von allerdings nicht religiös, sondern nur rassenmäßig dem Judentum zugehörigen Kreisen verübt werden, recht wenig berücksichtigt, ja noch beschönigt werden und daß man über berechtigte Klagen betr. Vordringen jüdischen Einflusses und Kapitals meist stillschweigend hinweggeht. Ich finde Antisemitismus und Philo-Semitismus in Praxi sehr ähnlich. Wie die Antisemiten es in Sperrdruck bringen, wenn irgend ein galizischer Mädchenhändler ein paar Huren für ein Bordell aufkauft (Mädchenhandel!!), so schreit nach einem bekannten Witzwort Rothschild in Paris auf, wenn man in Moskau einem Juden auf die Hühneraugen tritt, d. h. getreten hat. Nur dank diesem Vertuschungssystem ist es möglich, daß Hanswürste wie Hitler und Ludendorff eine Rolle spielen können, die traurig und gefährlich ist. Ich wünsche Ihrem Kampf gegen diese Leute vollen Erfolg. Aber glauben Sie: Dieser wird erst kommen, wenn man ihm auch jeden berechtigten Grund nimmt. Gerade wie es keine Sozialdemokratie gäbe, wenn alle Unternehmer und der Staat rechtzeitig ihre soziale Pflicht erfüllt hätten. Ob aber diese sozialen Zukunftsträume sich je erfüllen werden, ist ja leider recht fraglich und für uns objektive und haßfreie Menschen und Vaterlandsfreunde sieht die Zukunft sehr trübe aus. Der Sozialismus ist nun einmal die auf falsches Gleis verschobene Reaktion der Unzufriedenen und der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen. — Entschuldigen Sie zuletzt die späte Antwort. Ich war in Urlaub.

In vorzüglicher Hochachtung

gez. Unterschrift.

Sehr verehrter Herr Professor!

Gestatten Sie mir, daß ich auf Ihr Schreiben vom 15. Oktober nochmals eingehe und Ihnen das Folgende erwidere. Ich möchte mich strikt an Ihren Brief halten und diesen Punkt für Punkt im Nachfolgenden von meinem Standpunkt aus behandeln.

Wenn Sie Blätter, die zur Wahrung jüdischer Interessen erscheinen, also: „Gemeindeblätter", die „C. V.-Zeitung", das Organ des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, der „Schild" usw. mit „Judenblättern" bezeichnen, so ist dagegen gewiß nichts einzuwenden, wenn auch dieses Wort heute einen etwas anrüchigen Beigeschmack erhalten hat.

Wenn Sie aber darüber hinaus von einer „Judenpresse" sprechen und unter diese Presse Zeitungen wie das „Berliner Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung" usw. einreihen, so ist dazu das Folgende zu bemerken: Die Legende von der Judenpresse dürfte wohl in weite Kreise durch die Schrift von Theodor Fritsch: „Der jüdische Zeitungspolyp" gebracht worden sein. Nach dieser Broschüre sind ca. 90% der deutschen Presse verjudet und in jüdischen Händen. Nach der Ansicht des Herrn Fritsch ist das gesamte deutsche Zeitungswesen so in der Gewalt der Juden, daß kaum eine dieser Zeitungen es wagen kann, irgend etwas zu veröffentlichen, was den jüdischen Interessen zuwiderläuft.

Wir haben uns seinerzeit — im Jahre 1926 — die Mühe gemacht, dieses Heft einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen und zwar anhand von Zahlen, die wir dem Institut für Zeitungsforschung an der Universität München entnommen haben. Diese Zahlen dürften auch heute noch richtig sein oder sich höchstens zu unseren Gunsten verschoben haben, da inzwischen der Einfluß Hugenbergs auf die deutsche Presse eher noch gewachsen ist. Nach diesen als objektiv anerkannten Feststellungen gab es damals in Deutschland im ganzen 3152 Zeitungen, von denen 330, d. h. also im ganzen etwa 10%, linksgerichtete waren. Dabei waren schon 20 Zeitungen mitgezählt, die der kommunistischen Partei gehören, die man also nach ihren antikapitalistischen Tendenzen und nach ihrer Bolschewistenfreundschaft keinesfalls den Linksparteien im eigentlichen Sinne zurechnen kann. Auch von diesen 330 Zeitungen weiß man, daß nur eine kleine Zahl jüdischen Verlegern gehört oder Juden in ihrer Redaktion beherbergt. Man kann auch selbst nach völkischem Sprachgebrauch ehrlicherweise nicht behaupten, daß durch den politischen Umsturz in Deutschland die „Judenpresse" etwa stärker geworden sei. Im Gegenteil hat sich die Richtung in einem großen Teil der deutschen Presse auffallend stark nach rechts verschoben, was folgende Zahlen belegen. Vor dem Kriege bestanden etwa 3300 rechtsgerichtete Zeitungen, denen 671 linksgerichtete gegenüberstanden. Also von diesen 671 sind über 300 in das rechte Lager hinübergegangen.

Was von den Zeitungen gesagt ist, das trifft in noch stärkerem Maße auf die Nachrichten- und Korrespondenzbüros zu. Wenn wir vom Wolff'schen Telegraphen-Büro absehen, das als amtliches Nachrichtenbüro parteipolitisch nicht eingestellt sein soll, so sind die großen Nachrichten- und Korrespondenzunternehmungen heute alle in Händen der Rechtsparteien, als deren Exponent auf diesem Gebiete der Geheime Finanzrat a. D. Hugenberg zu bezeichnen ist. Man kann wirklich nicht sagen, daß der Scherl-Verlag mit dem „Berliner Lokal-Anzeiger", dem „Tag" und der „Woche", die zahlreichen mitteldeutschen Zeitungen, die „Hamburger Nachrichten" und die „Augsburger Zeitung", wie der „Hannoversche Kurier" und die „Münchener Neuesten Nachrichten", die entweder im Besitze Hugenbergs sind, oder an denen er ausgiebig beteiligt ist, die Interessen der Juden irgendwie besorgen. Wer nur ein wenig mit den Verhältnissen der Provinzpresse Bescheid weiß, sieht klar, daß heute bereits 1600 Zeitungen durch Korrespondenzkonzerne und die Telegraphen-Union bedient werden, die Hugenberg nahestehen, also rechtspolitisch orientiert sind: ungefähr 57%.

Außer der großen Telegraphen-Union bestehen dort noch elf Korrespondenz-Dienste, die telefonisch, telegraphisch und brieflich versandt werden. Um sämtliche redaktionellen Abteilungen der Zeitungen zu erfassen, ist auch ein Sportdienst eingerichtet, werden Handelsdienste ausgegeben, ein Parlamentsdienst, ein Asien-Ost-Europa-Dienst, ein deutscher Schnelldienst für Politik und Wissenschaft, ein allgemeiner Bilderdienst und als besonderer Köder für die Provinzzeitungen treten auch hier noch die Auslandsbriefe hinzu.

Auch für die ganz kleinen Blätter sorgt Hugenbergs „Wipro" zunächst als „Bund der Kreisblattverleger" bezeichnet, die den sogenannten Maternzeitungen für ein billiges Geld die notwendigen Matern, das heißt, den fertig abgesetzten und unabänderlichen Redaktionstext liefert. Daneben gehören diesem auch noch die Annoncen-Expeditionen Ala, Haasenstein & Vogler und Daube, eine Anzahl in der Inflationszeit sehr verdienstreicher Papiergroßbetriebe und Filmgesellschaften (wie die Deulig und die Ufa) und eben der erwähnte Verlag August Scherl an.

Darüber, ob Schändungen an Lebenden oder Toten vom moralischen Standpunkt aus verwerflicher sind, läßt sich selbstverständlich streiten. Qualen und Martern, denen Lebende ausgesetzt sind, sind gewiß vom rein menschlichen Standpunkt aus trauriger und erschütternder. Es war jedoch von jeher eine Pflicht der anständigen Gesinnung eines jeden Volkes und zu jeder Zeit die Toten zu achten, ihre Ruhe nicht zu stören. Daß diese Ansicht auch in weit rechtsgerichteten Kreisen glücklicherweise heute noch gilt, dafür mag Ihnen ein Aufsatz aus der „Frankfurter Post" (vgl. S. 94) Beweis sein, den wir auszugsweise in der Anlage beifügen.

Wenn Sie nun weiterhin schreiben, daß Antisemitismus und Philosemitismus in praxi — d. h. wenn man ihren Motiven nachgeht — recht ähnlich seien, so ist dazu das Folgende zu bemerken:

Wenn jüdische Blätter sehr vorsichtig darin sind, die Mängel oder Fehler oder auch Verschuldungen ihrer Glaubensgenossen in der Oeffentlichkeit ausführlich zu behandeln, so werden sie zu dieser Haltung vor allem durch die Gegenseite gezwungen. Wer sich einmal persönlich mit dem Ethos des Judentums etwas eingehender befaßt hat, der wird feststellen müssen, daß das Gerechtigkeitsgefühl gerade im Judentum besonders ausgeprägt ist. Er wird gerade in der Bibel — ich denke dabei an die Propheten — Stellen finden, in denen mit rücksichtsloser Offenheit die Fehler des Judentums aufgedeckt werden. In der Gegenwart ist es aber leider so, daß gerade die Eingeständnisse irgendeiner Schuld von jüdischer Seite stets dazu geführt haben, daß sie von antisemitischer Seite in unerhörter Weise ausgeschlachtet wurden. Wenn irgend ein Jude oder ein Renegat — ein ganz unbedeutender Mensch vielleicht — an irgend einer Stelle einmal eine unvorsichtige Aeußerung getan hat, so wird uns diese durch Jahre und Jahrzehnte stets als Spiegelbild vorgehalten, wobei es sich doch lediglich nur um eine singuläre Erscheinung gehandelt hat. Das ist es ja gerade, daß die Antisemiten das, was wir selbst zugeben, immer wieder vorbringen, daß sie aber niemals ihren Irrtum eingestehen wollen. Daher, ich wiederhole, mag es kommen, daß die jüdische Presse in dem Eingeständnis irgendeiner Verfehlung außerordentlich vorsichtig geworden ist. Das entspringt dem Triebe der Selbsterhaltung. In vollem Umfange trifft das

aber keineswegs zu. Wenn Sie jüdische Zeitungen aufmerksam verfolgen, so werden Sie finden, daß auch hier sehr oft mit scharfen Worten die Dinge gegeißelt werden, die eben gegeißelt werden müssen.

Gestatten Sie, sehr geehrter Herr Professor, daß ich Ihnen für die Offenheit Ihres Briefes danke. Ich hoffe, daß mein Schreiben dazu beitragen wird, Sie zu veranlassen, verschiedene Dinge von etwas anderen Gesichtspunkten aus als bisher zu betrachten.

In vorzüglicher Hochachtung

gez. Prof. Goldstein.

*

Hochgeehrter Herr Professor Goldstein!

Ich danke Ihnen für Ihre gütigen Zeilen. Ihre Ausführungen über das Geschwätz von der Ausbreitung der jüdischen Presse sind gewiß richtig, und Ihre Anschauung über die Gründe des Stillschweigens in der jüdische Interessen vertretenden Presse hat zweifellos ihre Berechtigung.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. Unterschrift.

PS. Fast hätte ich vergessen, Ihnen auch noch für die Uebersendung der sehr beherzigenswerten Worte des Frankfurter Blattes verbindlichst zu danken. Auch darüber kann es ja keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Offertenblatt für die katholische Geistlichkeit.

Im „Offertenblatt für die katholische Geistlichkeit", Verleger Wilhelm Berendes, Brühl-Köln, fand sich im Inseratenteil der September-Nr. die Anzeige einer Aachener Tuchfabrik, in der es u. a. heißt:

„. . . . Auch sollte es katholischen Geistlichen ferne liegen, von jüdischen Reisenden zu kaufen, wenn Katholiken ebenso gut liefern können."

Unsere Kölner Geschäftsstelle setzte sich darauf mit dem Redakteur des Blattes in Verbindung. Dieser versprach, derartige Anzeigen in Zukunft nicht mehr zu bringen. In seinem Antwortschreiben heißt es u. a.:

„Ich bin Katholik und als solcher liegt mir der Antisemitismus vollkommen fern."

Allgemeiner Deutscher Automobilclub.

Aus Königsberg wird uns folgendes mitgeteilt: Die Tochter eines Mitgliedes wurde infolge ihrer sportlichen Erfolge als Volontärin für das dortige Büro des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs engagiert. Einige Tage nach dem Engagement erklärte der Geschäftsführer der jungen Dame, daß er sie nicht engagiert haben würde, wenn er gewußt hätte, daß sie Jüdin sei, trotzdem er mit ihren Leistungen durchaus zufrieden sei. Als Grund für diese Stellungnahme führte er an, daß die Juden vielfach betrögen und daß infolge des schädlichen Einflusses, den ein Jude wie Barmat ausgeübt hätte, jetzt die Portoerhöhung eingetreten sei.

Im Einvernehmen mit unserer Geschäftsstelle stellte der Vater der jungen Dame den Geschäftsführer zur Rede und machte ihn darauf aufmerksam, daß durch diesen Vorfall die parteipolitische Neutralität des A. D. A. C. verletzt worden sei. Insbesondere wurde der Geschäftsführer darüber aufgeklärt, welche Verdienste viele jüdische Mitglieder um den A. D. A. C. haben. Der Geschäftsführer bedauerte daraufhin seine Aeußerungen, entschuldigte sich und erklärte, daß er künftighin bei der Einstellung von Personal keinerlei Unterschied mehr machen würde.

Verband der Vereine Kreditreform.

Wir bringen nachstehend einen Brief des „Verbandes der Vereine Kreditreform e. V." an seine Leipziger Zweigstelle zum Abdruck, der unserer dortigen Geschäftsstelle abschriftlich übersandt wurde. Die Vorgänge, die zu der Korrespondenz geführt haben, werden aus seinem Inhalt ohne Weiteres verständlich.

„Die uns übermittelten zwei Beschwerdeschriften des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranlassen uns, zunächst darauf hinzuweisen, daß unter den grundlegenden Bestimmungen über die Erteilung von Auskünften in Ziffer 3 unserer ‚Anweisung für die Erteilung von schriftlichen Auskünften' angeführt ist:

„Angaben über Religionsbekenntnis und Parteizugehörigkeit haben in den Auskünften grundsätzlich zu unterbleiben. Sie dürfen nur gemacht werden, wenn ausdrücklich danach gefragt ist. Auch dann dürfen sie auf keinen Fall den Charakter einer Kritik annehmen."

Die uns gemeldeten Fälle haben uns Veranlassung gegeben, diese Bestimmung in unseren letzten vertraulichen „Mitteilungen" an die Geschäftsführer der Vereine Creditreform nachdrücklich in Erinnerung zu bringen.

Außerdem haben wir uns aber mit allen den Stellen in Verbindung gesetzt, denen die Erteilung der beanstandeten Auskünfte zum Vorwurf gemacht worden ist. . . . . .

Die Leiter der beiden genannten Nebenstellen sind ernstlich verwarnt worden und wenn sich ähnliche Verstöße wiederholen, haben sie mit den schärfsten Maßnahmen zu rechnen. . . . . .

Wir bedauern außerordentlich, wenn Mißgriffe vorgekommen sind; in einer so weitverzweigten Organisation wie der unsrigen, wo man auch mit Hilfspersonal rechnen muß, lassen sich natürlich beim besten Willen ähnliche Anstände nicht ganz vermeiden, daß aber solche Verstöße, wenn sie vorkommen, gegen unseren Willen und gegen unsere ausdrückliche Instruktion erfolgen, haben wir anfangs bereits ausgeführt. Sollten weiterhin ähnliche ungehörige Aeußerungen von Organen unserer Organisation bekannt werden, dann bitten wir darum, daß wir — jedoch möglichst unter Angabe von Namen und Zeitpunkt — davon in Kenntnis gesetzt werden, damit wir die nötigen Maßnahmen treffen können.

Hochachtungsvoll

Verbandsbüro der Vereine Creditreform

Unterschrift.

Generaldirektor."

„Die Genossenschaftsfamilie."

In der Augustnummer des Genossenschaftsblattes: „Die Genossenschaftsfamilie" stand ein Artikel: „Das Grabmal des Erschlagenen", in dem geschildert wurde, daß ein Begründer der ländlichen Genossenschaften von Viehwucherern erschlagen wurde. Es war zwar nicht ausdrücklich gesagt, daß die Täter die „Viehjuden" waren, die an anderer Stelle des Aufsatzes erwähnt wurden. Der Zusammenhang gab jedoch zu einer entsprechenden Vermutung Anlaß.

Wir machten durch unsere Kölner Geschäftsstelle den verantwortlichen Redakteur darauf aufmerksam, daß solche Ausführungen geeignet seien, die Landbe-

völkerung gegen ihre jüdischen Mitbürger aufzuhetzen. Der Redakteur antwortete mit folgendem Schreiben, daß aus verschiedenen Gründen interessant ist:

„Es liegt mir durchaus fern, Haß gegen die Juden zu säen. Wie Sie richtig schreiben, verstehe ich unter dem Begriff „Viehjuden" nicht nur Juden, sondern es handelt sich hier, wie Ihnen bekannt ist, tatsächlich um eine allgemeine Bezeichnung. Die Ethymologie des Wortes besagt Ihnen natürlich, daß es in erster Linie Juden waren, welche den Viehwucher, besonders in älterer Zeit, als die ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften entstanden, betrieben. Das ist ja eine bekannte Tatsache und ich brauche sie nicht näher zu erörtern.

Ich wiederhole aber, daß es mir durchaus fernliegt, irgendwelchen Haß gegen die Juden zu säen, und daß mir dies auch nach meiner ganzen Einstellung nicht liegen würde."

Borkum.

Der „Vorwärts" vom 21. Oktober 1927 veröffentlicht eine Notiz, wonach das bekannte Borkumer Hotel „Inselhalle" in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. Ferner stehen 12 große Hotels und Logierhäuser in Borkum zum Verkauf. Wie wir weiter erfahren, wird „Köhlers Strandhotel" zwangsweise versteigert. Da Borkum eines der schönsten Nordseebäder ist, muß der wirtschaftliche Zusammenbruch allein dem Wirken Münchmeyers zur Last gelegt werden.

„Grüne Briefe für Kapital und Wirtschaft."

In der Steglitzer Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin-Steglitz, erscheinen in einer täglichen und in einer einhalbwöchentlichen Ausgabe die „Grünen Briefe für Kapital und Wirtschaft", als Herausgeber zeichnet Josef Sonntag. Wir besitzen über den Herausgeber und dieses Organ, das häufig judenfeindliche Ausfälle enthält, vollständiges Material, das auf Wunsch zugestellt wird.

Altonas Bevölkerung und ihre Staatsangehörigkeit.

Das „Hamburger Fremdenblatt" vom 18. August 1927 brachte in einem Artikel: „Altonas Bevölkerung und ihre Staatsangehörigkeit" die interessante Mitteilung, daß von der jüdischen Bevölkerung Altonas nur 43 Prozent deutsche Reichsangehörige und 56,4 Prozent Ausländer sind. Dieses groteske Zahlenverhältnis erfährt dadurch eine besonders charakteristische Beleuchtung, daß ein großer Teil der sogenannten jüdischen „Ausländer" schon in Altona geboren ist. Alle Versuche, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen sind aber bisher auch bei den in Deutschland Geborenen fehlgeschlagen. Die Erschwerung der Naturalisation führt, wie man hierin sieht, zu unhaltbaren Konsequenzen.

Die jüdische Bevölkerung Preußens am 16. Juni 1925

nach Regierungsbezirken, Kreisen und Stadtkreisen.

Am 16. Juni 1925, dem Tage der Volkszählung, wurden in Preußen 38 120 173 Einwohner gezählt, davon sind 18 504 001 Männer und 19 616 172 Frauen. Auf 100 Männer kommen 106 Frauen, der Gesamtüberschuß der Frauen über die Männer beträgt über eine Million. Die jüdische Bevölkerung beträgt 1,06% der Gesamtbevölkerung Preußens. Ihre Dichtigkeit differiert in den verschiedenen Kreisen. Aus agitatorischen und propagandistischen Gesichtspunkten halten wir es für zweckmäßig, genaue Berechnungen, die auf Grund neuen amtlichen Materials erfolgt sind, bekannt zu geben.

Es folgen zunächst einige kurze erläuternde Bemerkungen: Der Freistaat Preußen weist 539 Kreise innerhalb seines Bereiches auf, davon sind 117 Stadtkreise. In diesen 117 Stadtkreisen, die der Regel nach die großen und größten Städte umfassen, wohnen 332 934 Juden oder rund 80% der gesamten jüdischen Bevölkerung, während nur 40% von der Gesamtbevölkerung auf sie entfallen. Die Juden sind also in den Stadtkreisen verhältnismäßig doppelt so stark vertreten, als ihr prozentualer Bevölkerungsanteil beträgt. In den anderen Kreisen Preußens, deren Zahl sich auf 422 beläuft, liegen zwar auch größere Städte, aber von ihnen entfällt der größte Teil auf das flache Land. Unter den rund 22 Millionen Einwohnern sind rund 70 000 Juden. Während also diese 22 Millionen rund 60% der Gesamtbevölkerung ausmachen, beträgt der Prozentsatz der darunter befindlichen Juden nur 20%.

Es gibt in Preußen keinen Kreis, der nicht von Juden bewohnt würde, außer dem kleinen Hohenzollernlande. Dagegen gibt es 35 Kreise, hauptsächlich in der Provinz Sachsen, in Hannover und Schleswig-Holstein, in deren Grenzen sich weniger als 10 Juden befinden, in weiteren 82 steigt ihre Zahl auf 10 bis 49; daran schließen sich 83 Kreise mit jüdischen Anteilen von 50 bis 99 Einwohnern; bei 254 Kreisen steigen die Durchschnitte auf 100 bis 499 Juden; größere jüdische Gemeinden mit über 500 bis rund 172 000 Seelen (die letzte Zahl gilt für Groß-Berlin) befinden sich in 84 Kreisen, fast ausschließlich Stadtkreisen. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den beigefügten Uebersichten, aus denen unsere Landesverbände das einschlägige Material für ihre Zwecke zusammenstellen können. **Wir bitten unsere Mitarbeiter, die Tabellen, soweit sie die einzelnen Landesverbände betreffen, durch Angabe der C. V.-Mitgliedszahlen zu ergänzen und uns einzusenden.**

Provinz, Regierungsbezirk, Kreis u. Stadtkreis*	Zahl der Juden in Kreisen: 0	1 bis 9	10 bis 49	50 bis 99	100 bis 499	500 bis 999	1000 bis 9999	10000 bis 49999	50000 bis 99999	über 100000	Bemerkungen: Juden in % der Wohnbevölkerung
Kreise u. Stadtkreise*	Braunsberg (135), Fischhausen (140), Friedland (139), Gerdauen (54), Heiligenbeil (66), Heilsberg (146), *Königsberg (4049), Königsberg (53), Labiau (112), Preuß. Eylau (79), Mohrungen (149), Pr. Holland (104), Rastenburg (142), Wehlau (135).										
1. Regierungsbezirk Königsberg	—	—	—	4	9	—	1	—	—	—	1 Stadtkreis, Königsberg.
Kreise u. Stadtkreise*	Angerburg (96), Darkehmen (45), Goldap (99), Gumbinnen (208), *Insterburg (338), Insterburg (19), Niederung (191), Oletzko (113), Pillkallen (96), Stallupönen 199), *Tilsit (644), Tilsit (153).										
2. Regierungsbezirk Gumbinnen	—	—	2	3	6	1	—	—	—	—	2 Stadtkreise, Insterburg und Tilsit.
Kreise u. Stadtkreise*	*Allenstein (612), Allenstein (64), Johannisburg (210), Lötzen (144), Lyck (273), Neidenburg (134) Ortelsburg (206), Osterode (326), Rössel (132), Sensburg (174).										
3. Regierungsbezirk Allenstein	—	—	—	1	8	1	—	—	—	—	1 Stadtkreis Allenstein.
Kreise u. Stadtkreise*	*Elbing (434), Elbing (9), Marienburg (195), Marienwerder (211), Rosenberg (360), Stuhm (149).										
4. Regierungsbezirk Westpreußen	—	1	—	—	5	—	—	—	—	—	1 Stadtkreis Elbing.
. Provinz Ostpreußen mit 11377 Juden.	—	1	2	8	28	2	1	—	—	—	5 Stadtkreise, die Juden bilden 0,5 %.
Kreise u. Stadtkreise*	Angermünde (248), Beskow (85), *Brandenburg (469), *Eberswalde (270), Jüterbog (207), Nieder, barnim (669), Oberbarnim (399), Osthavelland (173), Ostprignitz (43), *Potsdam (399), Prenzlau (257)- *Rathenow (112), Ruppin (111), Teltow (417), Templin (75), Westhavelland (36), Westprignitz (67), *Wittenberge (56), Zauch-Belzig (218).										
1. Regierungsbezirk Potsdam	—	—	2	4	12	1	—	—	—	—	5 Stadtkreise: Brandenburg. Potsdam, Rathen., Wittenb.
Kreise u. Stadtkreise*	Arnswalde (189), Calau (85), *Cottbus (376), Cottbus (28), Crossen (128), *Forst (186), *Frankfurt a.O. (669), Friedeberg (253), *Guben (217), Guben (55), Königsberg (253), *Landsberg a.W. (496), Landsberg (67), Lebus (315), Luckau (32), Lübben (46), Oststernberg (125), Soldin (182), Sorau (138), Spremberg (20), Weststernberg (91), Züllichau-Schwiebus (180).										
2. Regierungsbezirk Frankfurt	—	—	4	4	13	1	—	—	—	—	5 Stadtkreise: Cottbus, Forst, Frankfurt a.O., Guben, Landsberg.
II. Provinz Brandenburg mit 8442 Juden.	—	—	6	8	25	2	—	—	—	—	10 Stadtkreise, die Juden bilden 0,3 %.
III. Stadtkreis Berlin* mit 172672 Juden.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1 Stadtkreis Berlin, die Juden bilden 4,29 %.
Kreise u. Stadtkreise*	Anklam (82), Cammin (91), Demmin (34), Greifenberg (164), Greifenhagen (83), Naugard (148), Pyritz (98), Randow (260), Regenwalde (159), Saatzig (148), *Stargard (297), *Stettin (2615), Ueckermünde (152), Usedom-Wollin (246).										
1. Regierungsbezirk Stettin	—	—	1	4	8	—	1	—	—	—	2 Stadtkreise: Stargard, Stettin.
Kreise u. Stadtkreise*	Belgard (254), Bublitz (69), Bütow (166), Dramburg (159), *Köslin (170), Köslin (12), *Kolberg (290), Kolberg-Köslin (52). Lauenburg (343), Neustettin (301), Rummelsburg (93), Schivelbein (230), Schlawe (196), *Stolp (469), Stolp (58).										
2. Regierungsbezirk Köslin	—	—	1	4	10	—	—	—	—	—	3 Stadtkreise: Köslin, Kolberg, Stolp.
Kreise u Stadtkreise*	Franzburg (38), *Greifswald (61), Greifswald (44), Grimmen (24), Rügen (39), *Stralsund (116).										
3. Regierungsbezirk Stralsund	—	—	4	1	1	—	—	—	—	—	2 Stadtkreise: Greifswald, Stralsund.
IV. Provinz Pommern mit 7761 Juden.	—	—	6	9	19	—	1	—	—	—	7 Stadtkreise, die Juden bilden 0,4 %.
Kreis u. Stadtkreise*	Bomst (34), Deutsch-Krone (692), Flatow (605), Fraustadt (157), Meseritz (251), Netzekreis (491), Schlochau (500), *Schneidemühl (586), Schwerin a.W. (121).										
Regierungsbezirk Schneidemühl	—	—	1	—	4	4	—	—	—	—	1 Stadtkreis: Schneidemühl.

Provinz, Regierungsbezirk, Kreis u. Stadtkreis*	Zahl der Juden in Kreisen:										Bemerkungen: Juden in % der Wohnbevölkerung	
	0	1 bis 9	10 bis 49	50 bis 99	100 bis 499	500 bis 999	1000 bis 9999	10000 bis 49999	50000 bis 99999	über 100000		
V. Provinz Grenzmark mit 3437 Juden.	—	—	**1**	—	**4**	**4**	—	—	—	—	1 Stadtkreis: die Juden bilden 1,0%.	
Kreise u. Stadtkreise*	*Breslau (23240), Breslau (246), *Brieg (271), Brieg (107), Frankenstein (55), Glatz (215), Gr. Wartenberg (130), Guhrau (90), Habelschwerdt (94), Militsch (129), Münsterberg (61), Namslau (104), Neumarkt (129), Neurode (37), Nimptsch (13), Oels (224), Ohlau (62), Reichenbach (79), *Schweidnitz (130), Schweidnitz (116), Steinau (57), Strehlen (67), Striegau (109), Trebnitz (167), *Waldenburg (220), Waldenburg (188), Wohlau (105).											
1. Regierungsbezirk Breslau	—	—	2	8	16	—	—	1	—	—	4 Stadtkreise: Breslan, Brieg, Schweidnitz, Waldenburg.	
Kreise u. Stadtkreise*	Bolkenhain (20), Bunzlau (114), Freystadt (113), *Glogau (550), Glogau (44), *Görlitz (567), Görlitz (13), Goldberg (115, *Grünberg (69), Grünberg (22), *Hirschberg (266), Hirschberg (164), Hoyerswerda (14), Jauer (96), Laudeshut (90), Lauban (61), *Liegnitz (833), Liegnitz (24), Loewenberg (73), Lüben (41), Rothenburg (45), Sagan (111), Schönau (6), Sprottau (57).											
2. Regierungsbezirk Liegnitz	—	1	8	6	6	3	—	—	—	—	5 Stadtkreise: Glogau. Görlitz, Grünberg, Hirschberg, Liegnitz.	
6. Provinz Niederschlesien m. 29953 Juden	—	**1**	**10**	**14**	**22**	**3**	—	**1**	—	—	9 Stadtkreise, die Juden bilden 0,96%.	
Kreise u. Stadtkreise*	*Beuthen (3263), Beuthen (175), Cosel (125), Falkenberg (15), *Gleiwitz (1906), Gr. Strehlitz (229), Grottkau (59), Hindenburg (1169) Kreuzburg (340), Leobschütz (218), Lublinitz (61), *Neisse (216), Neisse (214), Neustadt (209), *Oppeln (528), Oppeln (178),*Ratibor (696), Ratibor (39), Rosenberg (188), Rybnick (12), Tarnowitz (82), Tost Gleiwitz (24).											
Regierungsbezirk Oppeln	—	2	1	3	11	2	3	—	—	—	5 Stadtkreise: Beuthen. Neisse, Gleiwitz, Oppeln, Ratibor.	
VII. Provinz Oberschlesien m.10069 Juden.	—	**2**	**1**	**3**	**11**	**2**	**3**	—	—	—	5 Stadtkreise, die Juden bilden 0,7%.	
Kreise u. Stadtkreise*	*Aschersleben (108), *Burg (82), Calbe (156), Gardelegen (55), Wernigerode (50), *Halberstadt (937), Halberstadt (7), Jerichow (21), Jerichow II (48), *Magdeburg (2356), Neuhaldensleben (27), Oschersleben (66), Osterburg (23), *Quedlinburg (38), Quedlinburg (45), Salzwedel (61), *Stendal (71), Stendal (34), Wanzleben (46), Wolmirstedt (14).											
1. Regierungsbezirk Magdeburg	—	1	9	6	2	1	1	—	—	—	6 Stadtkreise: Aschersleben, Burg, Halberstadt, Magdeburg, Quedlinburg, Stendal.	
Kreise u. Stadtkreise*	Bitterfeld (110), Delitzsch (74), Eckardsberga (4), *Eisleben (88), *Halle (1236), Liebenwerda (21), Mansfelder Gebirgsk. (35), Mansfeld. Seekr. (43), *Merseburg (25), Merseburg (64), *Naumburg (39), Naumburg (7), Querfurt (42), Saalkr. (46). Sangerhausen (48), Schweinitz (10), Torgau (21), *Weißenfels (132), Weißenfels (18), *Wittenberg (65), Wittenberg (8), *Zeitz (95), Zeitz (5).											
2. Regierungsbezirk Merseburg	—	5	11	5	2	—	1	—	—	—	7 Stadtkreise: Eisleben, Halle, Merseburg, Naumburg, Weißenfels, Wittenberg, Zeitz.	
Kreise u. Stadtkreise*	*Erfurt (819), Erfurt (2), Graf. Hohenstein (129), Heiligenstadt (46), Langensalza (30), *Mühlhausen (192), Mühlhausen (5), *Nordhausen (438), Schleusingen (171), Weißensee (8), Worbis (9), Ziegenrück (1).											
3. Regierungsbezirk Erfurt	—	5	2	—	4	1	—	—	—	—	3 Stadtkreise: Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen.	
VIII. Provinz Sachsen mit 8341 Juden.	—	**10**	**22**	**11**	**8**	**2**	**2**	—	—	—	16 Stadtkreise: die Juden bilden 0,25%.	
Kreise u. Stadtkreise*	*Altona (2409), Bordesholm (8), Eckernförde (2), Eiderstedt (3), *Flensburg (61), Flensburg (3), Herzogtum Lauenburg (26), Husum (8), Helgoland (4), *Kiel (605), *Neumünster (43), Norderdithmarschen (6), Oldenburg (14), Pinneberg (414), Plön (12), Rendsburg (50), Schleswig (65), Segeberg (94), Steinburg (30), Stormarn (102), Süderdithmarschen (3), Süd-Tondern (20), Wandsbek (170).											
1. Regierungsbezirk Schleswig	—	8	6	4	3	1	1	—	—	—	5 Stadtkreise: Altona, Flensburg, Kiel, Neumünster, Wandsbeck.	
IX. Provinz Schleswig-Holstein 4152 Juden.	—	**8**	**6**	**4**	**3**	**1**	**1**	—	—	—	5 Stadtkreise, die Juden bilden 0,27%.	

Provinz, Regierungsbezirk, Kreis u. Stadtkreis*	Zahl der Juden in Kreisen: 0	1 bis 9	10 bis 49	50 bis 99	100 bis 499	500 bis 999	1000 bis 9999	10000 bis 49999	50000 bis 99999	über 100000	Bemerkungen: Juden in % der Wohnbevölkerung
Kreise u. Stadtkreise*	Diepholz (108), *Hameln (184), Hameln-Pyrmont (161), *Hannover (5521), Hannover (35), Hoya (60), Linden (241), Neustadt (144), Nienburg (119), Springe (212), Stolzenau (121), Sulingen (51), Syke (106),										
1. Regierungsbezirk Hannover	—	—	1	2	9	—	1	—	—	—	2 Stadtkreise: Hameln, Hannover.
Kreise u. Stadtkreise*	Alfeld (57), Duderstadt (65), Einbeck (141), *Göttingen (535), Göttingen (47), *Goslar (46), Goslar (20), Gronau (59), *Hildesheim (572), Hildesheim (46), Illfeld (6), Marienburg (19), Münden (143), Northeim, (159), Osterode (61), Peine (131), Uslar (114), Zellerfeld (19).										
2. Regierungsbezirk Hildesheim	—	1	6	4	5	2	—	—	—	—	3 Stadtkreise: Göttingen, Goslar, Hildesheim.
Kreise u. Stadtkreise*	Bleckede (16), Burgdorf (122), *Celle (69), Celle (26), Dannenberg (10), Fallingbostel (25), Gifhorn (7), *Harburg (358), Harburg (60), Isenhagen (13), Lüchow (13), *Lüneburg (131), Soltau (10), Uelzen (48), Winsen (19).										
3. Regierungsbezirk Lüneburg	—	2	9	2	3	—	—	—	—	—	3 Stadtkreise: Celle, Harburg, Lüneburg.
Kreise u. Stadtkreise*	Achim (62), Blumenthal (80), Bremervörde (35), Geestemünde (41), Hadeln (4), Jork (6), Kehdingen (8), Lehe (1), Neuhaus (13), Osterholz (19), Rotenburg (19), Stade (32), Verden (192), *Wesermünde (221), Zeven (19).										
3. Regierungsbezirk Stade	—	4	6	4	1	—	—	—	—	—	1 Stadtkreis: Wesermünde.
Kreise u. Stadtkreise*	Aschendorf (141), Bersenbrück (184), Grafschaft Bentheim (222), Hümling (134), Iburg (12), Lingen (125), Melle (54), Meppen (143), *Osnabrück (454), Osnabrück (6), Wittlage (15).										
3. Regierungsbezirk Osnabrück	—	1	2	1	7	—	—	—	—	—	1 Stadtkreis: Osnabrück.
Kreise u. Stadtkreise*	Aurich (441), *Emden (688), Emden (52), Leer (329), Norden (421), Weener (232), *Wilhelmshaven (127), Wittmünd (166).										
6. Regierungsbezirk Aurich	—	—	—	1	6	1	—	—	—	—	2 Stadtkreise: Emden, Wihelmshaven.
X. Provinz Hannover mit 14895 Juden.	—	**8**	**24**	**14**	**31**	**3**	**1**	—	—	—	12 Stadtkreise, die Juden bilden 0.47%.
Kreise u. Stadtkreise*	Ahaus (300), Beckum (313), *Bocholt (250), Borken (265), *Bottrop (207), *Buer (171), Coesfeld (242), *Gladbeck (264), Lüdinghausen (166), *Münster (580), Münster (68), *Osterfeld (48), *Recklinghausen (451), Recklinghausen (357), Steinfurt (413), Tecklenburg (136), Warendorf (84).										
1. Regierungsbezirk Münster	—	—	1	2	13	1	—	—	—	—	7 Stadtkreise: Bocholt, Bottrop, Buer, Gladbeck, Münster, Osterfeld, Recklinghausen.
Kreise u. Stadtkreise*	*Bielefeld (865), Bielefeld (48), Büren (247), Halle i.W. (81), *Herford (228), Herford (198), Höxter (623), Lübbecke (141). Minden (455), Paderborn (362), Warburg (382). Wiedenbrück (260).										
2. Regierungsbezirk Minden	—	—	1	1	8	2	—	—	—	—	2 Stadtkreise: Bielefeld, Herford.
Kreise u. Stadtkreise*	Altena (155), Arnsberg (231), *Bochum (1122), Bochum (156), Brilon (431), *Dortmund (3820), Dortmund (595), *Gelsenkirchen (1441), *Hagen (580), Hagen (87), *Hamm (401), Hamm (343), Hattingen (210), *Herne (474), *Hörde (238), Hörde (285), *Iserlohn (211), Iserlohn (204), Lippstadt (329), Lüdenscheid (114), Meschede (161), Olpe (71), Schwelm (109), *Siegen (130), Siegen (97), Soest (326), Wanne-Eickel (316), *Wattenscheid (192), *Witten (311), Wittgenstein (250),										
3. Regierungsbezirk Arnsberg	—	—	—	3	22	2	3	—	—	—	13 Stadtkreise: Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Hörde, Iserlohn, Lüdenscheid, Siegen, Wanne-Eickel, Wattenscheid, Witten.
XI. Provinz Westfalen mit 21595 Juden.	—	—	**2**	**6**	**43**	**5**	**3**	—	—	—	22 Stadtkreise, die Juden bilden 0,45%.
Kreise u. Stadtkreise*	Eschwege (819), Frankenberg (415), Fritzlar (615), Fulda (1298), Gelnhausen (755), Gersfeld (358), Grafschaft Schaumburg (191), *Hanau (568), Herrschaft Schmalkalden (155), Hersfeld (591), Hofgeismar (264), Homberg (264), Hünfeld (600), Hanau (975), *Kassel (2750), Kassel (152), Kirchhain (621), Marburg (654), Melsungen (594), Rotenburg (552), Schlüchtern (647), Witzenhausen (199), Wolfhagen (274), Ziegenhain (710).										

Provinz, Regierungsbezirk, Kreis u. Stadtkreis*	Zahl der Juden in Kreisen:										Bemerkungen: Juden in °/₀ der Wohnbevölkerung
	0	1 bis 9	10 bis 49	50 bis 99	100 bis 499	500 bis 999	1000 bis 9999	10000 bis 49999	50000 bis 99999	über 100000	
1. Regierungsbezirk Kassel	—	—	—	—	9	13	2	—	—	—	2 Stadtkreise: Hanau, Kassel.
Kreise u. Stadtkreise*	Biedenkopf (272), Dillkreis (157), *Frankfurt a.M. (29385), Höchst (397), Limburg (613), Oberlahnkreis (232), Obertaunuskreis (737), Oberwesterwaldkreis (130), Rheingaukreis (191), S. Goarhausen (352), Unterlahnkreis (551), Untertaunuskreis (425), Unterwesterwaldkreis (282), Usingen (189), Westerburg (148) *Wiesbaden (3088), Wiesbaden (587).										
2. Regierungsbezirk Wiesbaden	—	—	—	—	11	4	1	1	—	—	2 Stadtkreise: Frankfurt a. M., Wiesbaden.
XII. Provinz Hessen-Nassau, 52757 Jud.	—	—	—	—	**20**	**17**	**3**	**1**	—	—	4 Stadtkreise, die Juden bilden 2,2°/₀.
Kreise u. Stadtkreise*	Adenau (5), Ahrweiler 382), Altenkirchen (260), Cochem (295), *Koblenz (709), Koblenz (585) Kreuznach (1270), Mayen (751), Meisenheim (131), Neuwied (870), Sankt-Goar (310), Simmern (429), Wetzlar (503), Zell (174).										
1. Regiernngsbezirk Koblenz	—	1	—	—	7	5	1	—	—	—	1 Stadtkreis: Koblenz.
Kreise u. Stadtkreise*	*Barmen (721), Cleve (374), Dinslaken (259), *Düsseldorf (5130), Düsseldorf (249), *Duisburg (2080), *Elberfeld (2335), *Essen (4209), Essen (328), Geldern (161), Gladbach (328), Grevenbroich (480), *Hamborn (818), Kempen (497), *Krefeld (1626), Krefeld (151), Lennep (57), Mettmaan (180), Mörs (494), *Mülheim an der Ruhr (696), *München-Gladbach (951), *Neuß (236), Neuß (156), *Oberhausen (513), Rees (407), *Remscheid (229), *Rheydt (288), *Solingen (210), Solingen (271), *Sterkrade (130).										
2. Regierungsbezirk Düsseldorf	—	—	—	1	19	5	5	—	—	—	15 Stadtkreise (*).
Kreise u. Stadtkreise*	Bergheim (384), *Bonn (1167), Bonn (502), Euskirchen (653), Gummersbach (34), *Köln (16093), Köln (383), Mühlheim a. Rh. (90), Rheinbach (358), Siegkreis (641), Waldbröl (55) Wipperfürth (1),										
3. Regierungsbezirk Köln	—	1	1	2	3	3	1	1	—	—	2 Stadtkreise: Bonn und Köln.
Kreise u. Stadtkreise*	Bernkastel (481), Bitburg (224), Daun (75), Merzig (8), Prüm (31), Saarburg (285), S. Wendel (125), *Trier (802), Trier (625), Wittlich (370).										
4. Regierungsbezirk Trier	—	1	1	1	5	2	—	—	—	—	1 Stadtkreis: Trier.
Kreise u. Stadtkreise*	*Aachen (1420), Aachen (475), Düren (771), Erkelenz (104), Geilenkirchen (175), Heinsberg (109), Jülich (328), Monschau (5), Schleiden (284).										
5. Regierungsbezirk Aachen	—	1	—	—	6	1	1	—	—	—	1 Stadtkreis: Aachen.
XIII. Rheinprovinz mit 58223 Juden.	—	**4**	**2**	**4**	**40**	**16**	**8**	**1**	—	—	20 Stadtkreise, die Juden bilden 2,2°/₀.
Kreise u. Stadtkreise*	*Gummertingen (—), *Haigerloch (215), *Hechingen (111), Sigmaringen (9).										
Regierungsbezirk Sigmaringen	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	4 Oberämter.
XIV. Hohenzollern-Lande.	**1**	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	4 Oberämter, die Juden bilden 0,47°/₀.
Kreise u. Stadtkreise*	Eder (218), Eisenberg (139), Twiste (120), (3 Kreise).										
Freistaat Waldeck	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—
XV. Freistaat Waldeck mit 477 Juden.	—	—	—	—	**3**	—	—	—	—	—	Die Juden bilden 0,86°/₀.
Freistaat Preußen mit 403969 Juden.	**1**	**35**	**82**	**83**	**254**	**57**	**23**	**3**	—	**1**	117 Stadtkreise, die Juden bilden 1,06°/₀.

Bolschewismus und Judentum.

Ein ukrainischer Arzt, Dr. Samuel Weißenberg, der in deutschen Fachzeitungen eine Reihe ethnologischer, anthropologischer und statistischer Abhandlungen veröffentlicht hat, läßt in der neuesten Nummer des Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einen interessanten Aufsatz über Sozialbiologie und Sozialhygiene der Juden erscheinen, der in Anbetracht der durchaus nicht judenfreundlichen Haltung der Zeitschrift besonders beachtlich ist. Da das Schlagwort

des verjudeten Bolschewismus immer noch eine große Rolle spielt, lassen wir die folgenden Ausführungen Weißenbergs zu diesem Thema wörtlich folgen: „Als Ausgangspunkt diene, daß die Juden im europäischen Rußland 2,8 und in der Ukraine 6,9 Prozent ausmachen. Außerdem ist zu beachten, daß durch die Heranziehung immer weiterer Kreise, besonders der ländlichen Bevölkerung zur kommunistischen Partei der Prozentsatz der Juden als Städter zurückgehen muß. So betrug im Jahre 1922 der Prozentsatz der Juden in der Partei für ganz Rußland 5,2, während er jetzt unter 4 liegt. Dagegen war er in der Ukraine 11,8. Von den jüdischen Kommunisten des Jahres 1922 standen in einem Alter unter 24 Jahren 59 Prozent der Männer 45 Prozent der Frauen, wobei die letzteren 24 Prozent (darunter 42 Prozent Arbeiterinnen) der Gesamtzahl betrugen. Auch die Zahl der Jüdinnen nimmt ab, und zwar bedeutend, indem ihr Prozentsatz unter den Frauen überhaupt am 1. Januar 1925 9,8 und am 1. Januar 1926 nur 7,4 Prozent war. An den verantwortlichen Stellen waren 1922 von den Russen 12,4 und von den Juden 16,9 beschäftigt. Dieser Prozentsatz ist seitdem bedeutend gesunken, was mit dem Aufblühen eines kommunistischen Chauvinismus und Antisemitismus, sowie mit dem Erstarken der Partei selbst in Zusammenhang zu setzen ist.“ Interessant ist folgende Zusammenstellung über die soziale Gliederung der Parteimitglieder ebenfalls für 1922.

Nationalität	Angestellte in %	Arbeiter in %	Bauern in %	Übrige in %	Qualifikationsnote.
Juden	35,0	44,0	0,6	20,4	8,0
Deutsche	32,2	47,4	6,2	14,2	7,4
Russen	19,9	46,4	24,4	8,9	5,4

Zu diesen Zahlen macht W. folgende Ausführungen: „Während die Arbeiter unter allen drei Nationalitäten fast gleich vertreten sind, spricht der sonstige Parallelismus zwischen den Juden und den Deutschen im Gegensatz zu den Russen dafür, daß solche Fragen kulturell und sozial beurteilt werden müssen, ebenso die Qualifikation, nach welcher die Juden und die Deutschen eine bedeutend höhere Stufe einnehmen als die Russen.“

Konfessionelle Schulstatistik.

Das in Paderborn erscheinende „Westfälische Volksblatt“ brachte in seiner Nr. 256 einen Artikel: „Sprechende Zahlen aus der Schule“. Darin wurde anhand von Zahlenmaterial der Rückgang der Schülerzahl an den öffentlichen Volksschulen in Preußen dargelegt. Der allgemeine durch die Geburtenabnahme verursachte Rückgang ist prozentual bei den Juden geringer als bei Protestanten und Katholiken. Diese an sich auffallende Tatsache erklärt sich nicht daraus, daß die Geburtenabnahme bei der jüdischen Bevölkerung relativ geringer ist als bei der christlichen. Sie erklärt sich auch nicht, wie angenommen wurde, aus einer Zuwanderung aus dem Osten, sondern der Grund dafür liegt in folgendem: In den Jahren 1921 bis 1926, für die die Aufstellung gilt, sind die sogenannten Vorschulen aufgehoben worden und dafür wurden die Grundschulen eingerichtet. Die bisher in den Vorschulen unterrichteten Schüler sind also in die Volksschulen übergegangen. Da aber der Prozentsatz der jüdischen Schüler an den Vorschulen relativ größer war als an den Volksschulen, so hat der Uebergang sich zahlenmäßig zu Gunsten der jüdischen Schüler an den Volksschulen ausgewirkt.

Rechtsschutz.

Fingierte Namen.

Vor einiger Zeit ging durch einen großen Teil der Presse eine Notiz, nach der zwei Galizier, Löwenstengel und Gardinengeruch, auf einem Berliner Auto-Omnibus Taschendiebstähle begangen und sich dann gegenseitig bestohlen hätten.

Wir haben den Fall geprüft und müssen leider bestätigen, daß der Vorgang, so wie er geschildert wurde, sich ereignet hat.

Die Namen der Täter aber sind fingiert. Die Notiz ist von dem Gerichtsberichterstatter der Berliner „Nachtausgabe“ verfaßt worden; dieser ist getaufter Jude.

Er behauptet, sich bei der Wahl der Decknamen, die er an die Stelle anderer jüdisch-klingender setzte, keine Vorstellung von einer judenfeindlichen Wirkung gemacht zu haben.

Eine Berichtigung der Notiz war preßgesetzlich nicht zulässig. Der Berichterstatter hat uns aber zugesagt, daß die Gerichts-Journalisten seines Verlages in Zukunft die Wahl ähnlicher tendenziöser Decknamen unterlassen werden.

Judenfeindliche Äußerung anläßlich einer Beerdigung.

Anläßlich der Beerdigung eines jüdischen Artisten in Halle hörte eines unserer Mitglieder auf der Straßenbahn, die an dem Trauerzug vorbeifuhr, folgende Aeußerung einer Dame (Frau eines Oberleutnants): „Das ist eine jüdische Beerdigung, die Itzige zieh'n alle hinterher“. Unser Mitglied ließ daraufhin den Namen der Dame feststellen. Es kam zu einer Privatklage, die vor dem Schiedsmann damit endigte, daß die Frau Oberleutnant an den Privatkläger einen Entschuldigungsbrief schrieb, dem wir folgende Stellen entnehmen:

> „Ich möchte Ihnen hierdurch nochmals versichern, daß mir bei meiner Aeußerung anläßlich der Beerdigung eines Ihrer Glaubensgenossen Ende Mai d. Js. jede beleidigende Absicht vollkommen ferngelegen hat .... Wenn der Herr, für den diese Aeußerung tatsächlich nicht bestimmt war, und die anderen an der Beerdigung beteiligten Herren sich gekränkt fühlen, so bedauere ich das von Herzen.“

Aufklärung.

Der Judenbrief von Toledo.

Im „Völkischen Herold“ vom 29. Juli 1927 finden wir einen Briefwechsel abgedruckt, den Herr Justizrat Levinger, München, mit Herrn Oberstleutnant a. D. Graf Recke geführt hat. Wir geben den Briefwechsel nachstehend auszugsweise wieder, da es trotz aller Abschwächungsversuche des Grafen Recke doch als Erfolg zu bezeichnen ist, daß Herr Justizrat Levinger Gelegenheit hatte, die gegen das vom Grafen Recke zitierte Machwerk sprechenden Gründe den Lesern des „Herold“ zu unterbreiten. Herr Justizrat Levinger schreibt:

„Soeben lese ich Ihre Einsendung an den „Völkischen Herold“ unter der Ueberschrift: Der Judenbrief von Toledo. Ich bilde mir nicht ein, durch ein paar Zeilen Ihre judenfeindliche Anschauung erschüttern zu können; denn diese liegt viel mehr auf dem Gebiet des Glaubens, als auf dem des Wissens und kann daher durch rein verstandesmäßige Darlegungen überhaupt nicht geändert werden . . . . Ich gestatte mir, Ihnen zwei Umstände vorzustellen, aus denen sich für jeden, der überhaupt historisch zu urteilen versteht, zwingend ergibt, daß der von Ihnen wiedergegebene Brief (der sog. Judenbrief von Toledo) unecht ist.

1. Ein Rabbiner des 15. Jahrhunderts, der auf seinem Brief das jüdische Monatsdatum angibt, wird niemals auf den Einfall kommen, die Jahreszahl nach der christlichen Zeitrechnung beizufügen; er hätte also statt der Jahreszahl 1489, nach jüdischer Zeitrechnung 5209 geschrieben.

2. Weder ein Jude noch sonst ein Mensch, weder im Mittelalter noch heute, kann einen Brief zwei Monate vor seiner Absendung beantworten; aus jedem jüdischen Kalender oder Religionslehrbuch können Sie aber entnehmen, daß die Reihenfolge der Monate nach dem jüdischen Kalender lautet: Nissan, Ijar, Siwan, Tamus, Ab, Elul, Tischri, Marschechwan, Kislev, Tebeth, Schewat, Adar.

In dem von Ihnen wiedergegebenen Briefwechsel geht aber der Schewat dem Kislev voraus.

Daß dieser Briefwechsel auch aus sonstigen Gründen, z. B. weil es niemals einen Fürsten der Juden von Konstantinopel gegeben hat, längst als Fälschung erwiesen ist, bemerke ich nur nebenbei.

Wenn ein redlicher Mann unwillentlich eine Fälschung weiterverbreitet hat, ist es seine Ehrenpflicht, den Irrtum an gleicher Stelle richtigzustellen. Da ich trotz Ihrer Judenfeindschaft keinen Grund habe, an Ihrer Redlichkeit zu zweifeln, erwarte ich in der nächsten Nummer des „Völkischen Herold“ Ihre Richtigstellung zu finden.

Falls Sie sich über Ihr „Material“ genauer unterrichten wollen, bin ich gern bereit, Ihnen die Schrift von B. Segel: Die Protokolle der Weisen von Zion, kritisch beleuchtet zur Verfügung zu stellen, in der eingehend und gründlich nachgewiesen ist, daß dieses ganze Buch, dem Sie den Judenbrief von Toledo entnommen haben, eine Fälschung ist.

Hochachtungsvoll

gez. Wilhelm Levinger.“

In seinem Antwortbrief vom 5. Juni 1927 fragt Graf Recke an, wo er das Buch von Segel „Die Protokolle der Weisen von Zion, kritisch beleuchtet“ kaufen könne. Die Frage wird beantwortet. Am 15. Juli wendet sich Herr Justizrat Levinger neuerdings an Graf Recke mit der Bitte um Mitteilung, wann die Richtigstellung erscheinen würde. Die Antwort lautete folgendermaßen:

Kolberg, den 17. Juli 1927.

„Ich ließ mir damals sofort das von Ihnen genannte Buch: „Die Protokolle der Weisen von Zion, kritisch beleuchtet“ von B. Segel, kommen, fand aber noch nicht Zeit, mich mit demselben zu beschäftigen, da ich wichtigere Arbeiten zu leisten habe. Durch die inzwischen aufgerollte und jetzt erledigte Frage des „Eucken-Briefes“ erschien es mir noch weniger notwendig, mich mit dieser Angelegenheit zu befassen. — Sie können ruhig damit rechnen, daß ich die von Ihnen erwartete Richtigstellung nicht drucken lassen werde, denn es ist für mich nicht maßgebend, daß Sie die Ausführungen Ihres Rassegenossen für einwandfrei halten. Welche Schlüsse sie daraus ziehen wollen, ist mir gleichgültig.

gez. Graf Recke.“

Herr Justizrat Levinger erwiderte auf diesen Brief das Folgende:

„Ihr Brief vom 17. d. Mts. erinnert mich an den alten Volksspruch: „Freund, Du hast unrecht, denn Du wirst grob!“ Sie selbst fühlen auch, daß Sie Unrecht haben; aus welchem Grund sonst versagen Sie mir die üblichen Höflichkeitsformeln, während Sie mich in Ihrem ersten Brief noch mit der Anrede: „Sehr geehrter Herr!“ und dem Schlußwort: „ergebenst“ ausgezeichnet hatten?

Sie wollen unsere Erörterung auf ein ganz anderes Geleise schieben; sie drehte sich anfänglich nicht um die Echtheit der „Protokolle der Weisen von Zion“ und noch weniger um den ganz nebensächlichen Eucken-Brief. Auch wenn dieser gefälscht ist, werden dadurch die „Protokolle“ nicht echt. Sie drehte sich auch nicht darum, ob ich Aeußerungen eines „Rassegenossen“ für einwandfrei halte; das wäre freilich für Sie nicht maßgebend. Vielmehr hatte ich Ihnen logisch zwingend nachgewiesen, daß ein im Mai geschriebener Brief nicht im März des gleichen Jahres schon beantwortet sein kann und dieser Beweisführung schienen auch Sie, Herr Graf, sich nicht zu verschließen, daß demgemäß der von Ihnen im „Völkischen Herold“ abgedruckte sogenannte Toledo-Brief nicht echt sein kann.

Trotzdem scheinen Sie es für ehrenhaft zu halten, das Ihnen angesonnene Bekenntnis Ihres Irrtums und seinen öffentlichen Widerruf zu verweigern. Die Schlußfolgerung aus diesem Verhalten brauche ich nicht erst zu ziehen; sie ergibt sich von selbst.

Ich könnte heute den vorletzten Absatz meines Briefes vom 3. Juni 1927 nicht mehr in unveränderlicher Fassung niederschreiben.

Die Höflichkeit gebietet mir auch dieses Schreiben zu zeichnen

hochachtungsvoll

gez. Levinger.“

Im Anschluß an die Wiedergabe dieses Briefwechsels im „Völkischen Herold“ führt Graf Recke dann aus, daß er die unter 1 und 2 in dem Schreiben vom 3. Juni angeführten Gründe selbstverständlich nicht widerlegen könne, es erscheine ihm aber nicht ausgeschlossen, daß in dem Briefe das Rabbi von Arnes ein Schreib- oder Druckfehler übersehen sei — es müsse wahrscheinlich 1488 heißen —, sodaß also zwischen den beiden Briefen ein Zeitunterschied von 10 Monaten liegen würde. Er fährt dann fort, daß es ferner möglich sei, daß Gottfried zur Beek die jüdische Zeitrechnung in die christliche umgestellt habe, weil das Buch für Nichtjuden geschrieben sei — jedenfalls könne er der Erwartung den „Judenbrief von Toledo“ für eine Fälschung zu erklären, nicht entsprechen. Schließlich erwähnt Graf Recke dann noch Aussagen des Zionistenführers Dr. Jakob Klatzkin, die dieser in der jüdischen Studentenverbindung „Nehardea“ in Basel gemacht habe, und schließt seine Ausführungen mit folgenden Sätzen:

„So steht der Jude als selbsterklärter und selbstgewollter Fremdling seines Wirtsvolkes da, feindlich allen seinen Strebungen gegenüber, und hat deshalb kein Recht, an dem politischen, geistigen und nationalen Leben seines Wirtsvolkes als Staatsbürger irgend einen Anteil zu nehmen. Ob das deutsche Volk nun endlich aufwachen wird?!“

Herr Justizrat Levinger brachte den Briefwechsel mit folgendem Schreiben zum Abschluß:

„. . . . Wenn Sie glauben, durch Ihre Zusatzbemerkungen die Wirkung dieser Richtigstellung abzuschwächen, so will ich Ihnen diesen Glauben nicht rauben. Nur wirft es ein bezeichnendes Licht auf die in völkischen Kreisen herrschende Auffassung

von wissenschaftlicher Genauigkeit, wenn Sie es für möglich halten, daß Gottfried zur Beek die jüdische Zeitrechnung in die christliche umgestellt habe, ohne daß Sie sich offenbar dabei etwas Böses denken. Bei wissenschaftlich geschulten Menschen wird durch eine solche „Umstellung" das Vertrauen in die Wiedergabe historischer Urkunden schwer erschüttert.

Und wenn Ihnen schließlich zum gleichen Zweck eine Aeußerung von Jakob Klatzkin dienlich erscheint, so muß ich wiederum sagen: „Sie wollen unsere Erörterung auf ein ganz anderes Geleise schieben". Denn was hat der verstiegene Nationalismus eines einzelnen Juden mit der Echtheit einer angeblichen mittelalterlichen Urkunde zu tun, noch dazu eines so extremen Zionisten, der nicht einmal von den deutschen Zionisten als maßgebend anerkannt wird, geschweige bei der mit den Zionisten in stärkstem Gegensatz stehenden Mehrheit der deutschen Juden. Die Aeußerung einer Richtung als Auffassung der gesamten Judenheit wiedergeben, verrät ebensolche Gewissenhaftigkeit, als wenn jemand das Programm einer der deutschen Flügelparteien von rechts oder links als Bekenntnis des ganzen deutschen Volkes hinstellen wollte."

Alt hebräische Musik im Rundfunk.

Der Leipziger Rundfunk hat einen Abend mit dem Titel „Alt hebräische Musik", veranstaltet, über den die „Leipziger Neuesten Nachrichten" folgendermaßen berichten:

„Ein Abend ohnegleichen aber ging unter dem Titel: Alt hebräische Musik. Geschickt und taktvoll konferierte der Leipziger Hauptkantor Lampel die Gesänge. Niemand wird ohne Schauer die uralten Formeln des Priestersegens, niemand ohne Ergriffenheit das Kaddisch gehört haben. Niemand wird die fromme Bezauberung leugnen, die von den synagogalen Melodien unentrinnbar ausging. Und niemand wird empfindungslos dafür sein, daß hier einer der tiefsten Gründe überhaupt, die Gottseligkeit, sich offenbarte."

Wie das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig weiter mitteilt, hat diese Veranstaltung nicht nur in Leipzig bei Juden und Christen vollste Anerkennung gefunden, sondern es sind auch von auswärtigen Hörern Dankschreiben eingelaufen, die die Bitte, bald eine ähnliche Funkstunde zu veranstalten, enthalten. Die Nachahmung des Leipziger Beispiels ist erwünscht.

Ein ehemaliger Judenfeind über Müller-Claudius, „Rassenangst."

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, welches Aufsehen das ausgezeichnete Buch von Studienrat Dr. Michael Müller-Claudius: „Deutsche Rassenangst" erregt hat. Das Organ der Deutschen Volkspartei in Hamburg: „Die Hamburger Stimmen" bringt in seiner Nr. 132 vom 3. Oktober eine Würdigung dieses Buches aus der Feder von Herrn Professor Dr. v. Hauff, der wir die folgenden Sätze entnehmen:

„Welches Unheil, diese Unfähigkeit zu sehen, anrichtet, zeigt mit einer erschreckenden Deutlichkeit die Stellung, die der Deutsche heute zur Judenfrage einnimmt. Einer redet es dem anderen nach, daß der Jude an allem Unglück schuld sei, und ob der augenblicklichen Freude darüber, daß der Sündenbock gefunden ist, vergißt man, daß nichts schlimmer ist, als eine falsche Diagnose, weil man durch die Kuren am verkehrten Ort auch noch die gesunden Glieder krank macht.

In spannender Darstellung zeigt Müller-Claudius, wie es zu der heute in Deutschland üblichen Stellung zum Judentum gekommen ist, die mit Naturnotwendigkeit gerade das Gegenteil von dem gezeitigt hat, was ursprünglich beabsichtigt war. Man wollte Wertvolles erhalten, und man hat es zerstört, man wollte mutig sein, und man hat sich als mutlos erwiesen: aus dem Rassentrotz ist die Rassenangst geworden.

Wir müssen eine energische Schwenkung machen. Wir haben unsere Waffen gegen Ausgeburten unserer Phantasie gerichtet, gegen Nebelgebilde, die sich nach jedem Strich wieder zusammenschließen, anstatt gegen den wirklichen Feind, der in uns selber sitzt und in unserer Angst seinen Nährboden hat. Diese Angst aber führt mit Naturnotwendigkeit zur Entartung, wenn wir ihr nachgeben. Die Angst schwindet in dem Augenblick, in dem wir ihren Ursprung und ihre Art erkannt haben. Es ist genau wie beim Kind, das den schwarzen Mann nicht mehr fürchtet, wenn es sich überzeugt hat, daß er nur ein Schatten ist, ein Gebilde seiner eigenen Phantasie.

Wir sehen mit dem Verfasser des Buches sehnsüchtig über die letzten Blätter seines Werkes hinaus. Wir wissen, es ist nur ein Anfang, denn eine solche Hydra fällt nicht auf einen Streich. Aber wir haben die gute Zuversicht, daß Deutsche und Juden Schulter an Schulter den Dämon Rassenangst besiegen werden, nachdem er nun beim rechten Namen genannt ist und sein Versteck im Sumpfe verlassen mußte."

Diese Aeußerungen des Herrn Professor v. Hauff sind deshalb besonders wertvoll, weil der Verfasser, der ursprünglich ein ausgesprochener Judenfeind war, durch die Lektüre des Buches von Müller-Claudius seine bisherige Auffassung von der Judenfrage aufgegeben hat.

Erfolgreiche Aufklärung.

Wir erhalten aus Königsberg den Bericht, über einen Vortrag, den ein hoher protestantischer Geistlicher dort in der Gesellschaft „Deutscher Staat" gehalten hat.

Der Vortrag, der das Thema: „Heldischer Gedanke und Christentum" behandelte, enthielt nicht nur keinen Angriff gegen das Judentum, sondern sogar eine Verherrlichung des Alten Testamentes. Diese Tatsache ist deswegen bemerkenswert, weil der Vortragende in einer vor einigen Jahren abgehaltenen Aufklärungsversammlung des Central-Vereins in der Diskussion das Wort ergriffen hatte, um zu erklären, daß er bei Anhören des Vortrages zum ersten Mal richtig empfunden habe, wie sehr der jüdische Mensch und insbesondere das jüdische Kind unter dem Antisemitismus zu leiden habe. Er sei durch die Ausführungen sehr nachdenklich gemacht worden und werde Gelegenheit nehmen, in den ihm nahestehenden Kreisen aufklärend zu wirken.

Der jüdische Richter.

Das folgende Schreiben, das uns mit dem ausdrücklichen Anheimgeben, den uns geeignet scheinenden Gebrauch davon zu machen, zuging, spricht für sich selbst:

„Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ich, der Unterzeichnete, bin der katholische Landgerichtsdirektor Klewer, in Köln, Beethovenstraße 10. Ich war bis zum 1. 10. 1926 22 Jahre Mitglied des hiesigen Amts- und Landgerichtes, darunter beinahe 14 Jahre Landgerichtsdirektor. Ich bin befreundet mit einer jüdischen Familie und lese regelmäßig Ihre geschätzte C. V.-Zeitung. Mit größtem Interesse habe ich den Artikel „Der Richter“ von Landgerichtsrat Naumann in Nr. 26 gelesen und habe daraus zu meiner größten Verwunderung entnommen, daß von gewisser Seite den jüdischen Richtern und Staatsanwälten der Vorwurf bewußter Rechtsbeugung gemacht wird und daß man vor allem „Richtern jüdischer Rasse nicht vollstes Vertrauen entgegenbringen könne“. Politisch bin ich vollständig farblos und Anhänger des alten Satzes, daß jeder nach seiner Fasson selig werden kann. Aber hier drängt mir das Gefühl der Gerechtigkeit die Feder zu einer Beantwortung in die Hand. Mir kann niemand entgegenhalten, ihm stände in dieser Sache ein besseres Urteil zu wie mir. Denn ich habe in meiner langjährigen richterlichen Tätigkeit mit jüdischen Richtern verkehrt und teilweise mit ihnen gearbeitet. Es befinden sich darunter Richter aller Grade vom Reichsgerichtsrat an. Ich fühle mich verpflichtet, die Erklärung abzugeben, daß ich niemals wahrgenommen habe, daß bei der Urteilsfindung wie überhaupt bei der Ausübung der richterlichen Tätigkeit irgend ein Unterschied zwischen einem christlichen und einem jüdischen Richter zu finden gewesen wäre. Die jüdischen Richter haben stets mit der größten Gewissenhaftigkeit und der größten Objektivität ihres Amtes gewaltet. Zum Schluß bemerke ich noch, daß nach meiner Meinung die Ausschaltung jüdischer Richter, wie sie von gewisser Seite angestrebt wird, für die Rechtspflege einen unersetzlichen Verlust bedeuten wird.

Ich stelle Ihnen anheim, von diesen Zeilen den Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen. Für eine kurze Antwort wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Ich bemerke noch, daß ich katholischer Religion bin und kein Tropfen jüdischen Blutes in meinen Adern fließt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Klewer
Landgerichtsdirektor.“

Die jüdischen Frontsoldaten in Württemberg und Hohenzollern.

Vor einiger Zeit haben wir an verschiedene höhere Militärs die Schrift „Die jüdischen Frontsoldaten in Württemberg und Hohenzollern“ versandt. Es sind uns daraufhin zahlreiche Dankschreiben zugegangen, u. a. vom General der Infanterie von Kuhl, vom Chef der Heeresleitung General der Infanterie Heye u. a., Wir veröffentlichen nachstehend einige Zuschriften im Auszug:

„Es ist mir sehr wertvoll gewesen, Einblick in diese Schrift nehmen zu dürfen.

Der Zusendung von weiterem Material an mich bedarf es aber nicht, denn ich habe niemals daran gezweifelt, daß die deutschen Juden im Weltkriege ebenso gut ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben, wie irgend wer sonst.“

*

„Euer Hochwohlgeboren danke ich bestens für die Zusendung Ihrer Schrift „Jüdische Frontsoldaten aus Württemberg und Hohenzollern“. Ich habe sie mit großem Interesse studiert und werde meine aus ihr empfangenen günstigen Eindrücke bei passender Gelegenheit weiter verbreiten.

Wenn ich Euer Hochwohlgeboren mitteile, daß ich während des Weltkrieges über drei Jahre einen jüdischen Burschen hatte, mit dem ich sehr zufrieden war und mit dem ich noch ständig Beziehungen unterhalte, so werden Sie verstehen, daß es für mich keines weiteren Materials bedarf.“

*

„Ich bestätige mit bestem Dank den Empfang des Büchleins: „Jüdische Fronsoldaten aus Württemberg und Hohenzollern“, das ich mit großem Interesse studiert habe. Als K. T. an verschiedenen Hauptkampffronten im Westen kann ich nur bestätigen, daß meine jüdischen Kameraden ihre schwere Pflicht in jeder Beziehung erfüllt haben und als Soldat und Mensch von uns allen geachtet und geschätzt wurden. Für Uebersendung weiteren Materials wäre ich Ihnen dankbar, um diejenigen, welche wohl mehr aus Unwissenheit mit dem häßlichen Schlagwort „jüdische Drückeberger“ arbeiten, an Hand von statistischem Material aufklären zu können.

Mit kameradschaftlichem Gruß bin ich
Ihr sehr ergebener
gez. Unterschrift, Major a. D.“

Innerjüdisches.

Die Stellung des Centralvereins zu den innerjüdischen Fragen in den Jahren 1919—1926.

Eine Denkschrift für die Vereinsmitglieder von Rechtsanwalt Ludwig Foerder, Breslau.

Foerder hat in einer zwei Bogen umfassenden, sehr interessant und flüssig geschriebenen Broschüre in fünf Abteilungen folgende Themen behandelt:

1. Die Bedeutung des § 1 der Statuten,
2. Die Stellung zum Zionismus,
3. Die Stellung zum Verbande nationaldeutscher Juden,
4. Die Stellung zum Palästina-Aufbau,
5. Central-Vereins-Reformen.

Die ersten vier Kapitel des Buches gipfeln in dem Wunsche, daß unser C. V. die sogen. innerjüdischen Auseinandersetzungen auf sich beruhen lasse und sich lediglich mit der Bekämpfung des Judenhasses beschäftige. Ein wertvolles Material hat Foerder gut bearbeitet. Für jeden, der sich mit unseren Fragen beschäftigt, wird darum die Kenntnis der Schrift zweckmäßig sein. Allerdings sieht sie die Dinge mit ihren Augen und übersieht infolgedessen Manches. Man könnte deshalb vom anderen Standpunkt eine entgegengesetzte Broschüre schreiben, ohne sich der Unwahrheit schuldig zu machen.

Sicherlich sind in der Geschichte des C. V. die Dinge nicht immer gleichmäßig gelaufen. Aber eines wird man sagen können:

Die nationaljüdische Idee in ihrer reinen Ausprägung wurde stets auf das schärfste vom C. V. abgelehnt. Auch Foerder lehnte sie immer ab und tut das noch heute. Er meint nur — und sicherlich nicht ganz ohne Recht —, daß dieser Frage heute lange nicht mehr die gleiche aktuelle Bedeutung zukommt, wie das früher der Fall war. Nach der Foerderschen Auffassung müßte die Behandlung des Palästinaproblems überhaupt aus unserem schon mit anderen Aufgaben genügend belasteten Arbeitskreise ausscheiden.

In einem letzten Kapitel behandelt Foerder C. V.-Reformen. Er wünscht insbesondere einen neuen

Wahlmodus für die Zusammensetzung des Vorstandes, der folgendermaßen lautet:

„Der Hauptvorstand besteht aus den von den Landesverbänden gewählten Mitgliedern. Jeder Landesverband wählt mindestens ein Mitglied und für jedes angefangene fernere Tausend seiner Mitglieder (von 200 oder 300 an) ein weiteres."

Dieser Modus ist vielleicht äußerlich gerechtfertigt, innerlich muß man ihm mit außerordentlich großen Bedenken begegnen, weil er durch Ausschaltung aller derjenigen Persönlichkeiten, die vom Vorstand aus zugewählt werden und deren Mitwirkung unentbehrlich ist, die Arbeitsfähigkeit des Vereins schwer gefährden würde. L. H.

Der Genfer Nationalitätenkongreß.

Seine Entstehung, sein Aufbau, seine Ziele.

Anläßlich des Genfer Nationalitätenkongresses im August 1927 in Basel.

Die Rechte der nationalen Minderheiten wurden durch Wilsons 14 Punkte verkündet. Auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages schlossen sich die Minderheiten im Laufe der Zeit zusammen und tagen nun alljährlich auf dem sogenannten Minoritäten-Kongresse. Auf diesen Kongreß haben sich allmählich drei Typen herausgebildet: Die randstaatlichen, die zerstreuten und die gemischten Minoritäten.

Diese drei Gruppen versuchen nun auf verschiedene Art und Weise ihre Ziele zu erreichen. Auf dem Kongreß im Jahre 1926 konnte man folgende Richtungen erkennen:

Die maximale Richtung verlangt Autonomie für alle Gebiete des sozialkulturellen Lebens. Die zentrale Richtung fordert, daß der Staat einen Teil seiner Souveränität auf die sozialen Verwaltungskörper überträgt und damit teilweise an die Minderheiten abgibt. Die Legalisten versichern, daß ihr Programm niemals die Souveränität des Staates berühren werde. Sie wollen ihr kulturelles Interesse mit dem Staatsinteresse in Einklang bringen. Dazu kommt eine Gruppe nationaler Minderheiten (Katalonier und Slawen), die unverkennbar diesen vorgezeichneten Rahmen überschreiten wollen.

Die Forderungen der Minderheiten wurden in folgenden Leitsätzen niedergelegt:

1. Minderheitsfragen sollen öffentlich behandelt werden.
2. Minderheiten sollen das Recht besitzen, Vertreter zu delegieren, denn nach der bisherigen Regelung stand die Diskussion über die Minderheitsfragen beim Völkerbund lediglich den interessierten Staaten zu, ohne daß den Minderheiten selbst Gelegenheit geboten worden wäre, aktiv mitzuarbeiten.
3. Jedes Mitglied des Völkerbundes darf Fragen der Minderheiten vor dem Rat behandeln.
4. In den innerstaatlichen Organisationen sollen Regierung und Minderheit vertreten sein.
5. Einreichung von Petitionen der Minderheiten an den Völkerbund bedeuten keinen illoyalen Schritt.
6. Alle rechtlichen Erklärungen nationalistischer Minderheiten (türkische Juden) werden als ungeschehen bezeichnet.

Der diesjährige Kongreß in Genf hat sich mit den gleichen Fragen befaßt, ohne daß es gelungen wäre, bisher eine der obenerwähnten Forderungen durchzuführen. Man hat wiederum über die alten Fragen diskutiert und dabei wohl auch neue Gesichtspunkte in die Debatte geworfen, die uns jedoch im einzelnen nicht interessieren. Bedeutsam ist lediglich, daß in der zionistischen „Wiener Morgenzeitung" Professor Wladyslaw Gumplowicz (Warschau) in einem Aufsatz: „Taktische Erwägungen zum Minderheitenkongreß" zu einem Ergebnis gekommen ist, das den Standpunkt, den der C. V. in dieser Frage (s. C. V.-Zeitung Nr. 29 und 30) eingenommen hat, vollkommen rechtfertigt. Dieser Aufsatz sagt im wesentlichen das Folgende:

> Eine zwangsweise Umsiedlung der Juden ist unmöglich und auch die zionistischen Bestrebungen kommen nicht in Frage; denn einmal liegt ihr Ziel außerhalb Europas, und zweitens wird es erst kommenden Generationen zugute kommen. Daher muß alles vermieden werden, was eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Minderheit und Mehrheit hervorrufen könnte.
>
> Man kann nicht jeden antisemitisch gesinnten Staatsbürger ständig von einem Polizisten begleiten lassen, sondern das Ziel muß dahin gehen, der christlichen Bevölkerung klarzumachen, daß sie im Juden keinen Feind der Nation, sondern einen Staatsbürger von höchstem Patriotismus und höchstem Pflichtgefühl zu erblicken hat. Deswegen kann der Minderheitskongreß von den Juden nicht verlangen, daß sie eine staatsrechtliche Sonderstellung anstreben, und es liegt im Interesse der Juden, dieser Ansicht auf dem Kongreß zum Sieg zu verhelfen.

Juden, die an Christus glauben.

Die „Deutsche Zeitung" brachte in ihrer Nr. 248a eine Briefkastennotiz, wonach sich in Ofenpest eine jüdische Sekte gebildet habe, deren Mitglieder an Christus glauben ohne sich taufen zu lassen. Sie nennen sich deshalb „Juden, die an Christus glauben". Auch Nichtjuden, Vertreter der Intelligenz, wie Aerzte, Lehrer usw. sollen sich der Sekte angeschlossen haben.

Wie wir von informierter Seite erfahren, beruht diese Angabe im großen und ganzen auf Wahrheit. Die Gemeinschaft soll von der Heilsarmee und einer amerikanischen Mission gestützt werden. Wahrscheinlich handelt es sich um den unter dem Drucke der Judenverfolgung gemachten Versuch, zu einer Ueberbrückung der religiösen Gegensätze beizutragen.

Organisation.

Berichterstattung.

Einige Vorfälle der letzten Zeit haben erwiesen, daß das bisher übliche System der Berichterstattung der Ortsgruppen und Landesverbände völlig unzureichend ist.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß wichtige Tatsachen, über die ein ausführlicher bis ins Einzelne gehender Bericht hätte geliefert werden müssen, überhaupt nicht gemeldet worden sind.

Um diesem **Mißstand**, der die Schlagkraft unserer ganzen Arbeit auf das Ernsthafteste bedroht, gründlich abzuhelfen, bitten wir unsere Ortsgruppen und Landesverbände erneut dringend, alle wichtigen Vorkommnisse wie:

judenfeindliche Angriffe jeder Art,
Tagungen von Verbänden,
wichtige Zeitungsnachrichten usw.

umgehend dem Landesverband bezw. der Zentrale zu melden.

Vortragsvereinbarungen.

Die Landesverbände und Ortsgruppen werden gebeten, bei **Vortragsvereinbarungen** möglichst frühzeitig den genauen **Tag**, die **Stunde** und den **Ort** der Veranstaltung anzugeben und der Zentrale die **Kosten**, die die Veranstaltung verursacht, **möglichst im voraus**, oder aber sofort nach Stattfinden des betr. Vortrages zu **überweisen**.

Neue Werbemethoden.

Die Ortsgruppe Wiesbaden fügte den Einladungen zu einem Vortrage ein in kleinem Format gedrucktes Mitgliederverzeichnis bei. Sie bat gleichzeitig die Empfänger der Einladung, das Verzeichnis daraufhin durchzusehen, wer unter ihren Bekannten noch als Mitglied geworben und zu der Versammlung mitgebracht werden könne.

Diese Art der Propaganda wird den Ortsgruppen bis zu etwa 500 Mitgliedern zur Nachahmung empfohlen.

Preſſedienst.

Vorbildliche Arbeit in der Unterbringung von Vortrags- und Versammlungs-Berichten in der Presse leistet der Landesverband Oberschlesien. Es ist ihm in der letzten Zeit gelungen, die Zeitungen seines Bezirkes ständig mit Nachrichten über die Arbeit des C. V. zu beliefern.

Versand der C. V. Zeitung an Nichtjuden.

Wenn nichtjüdische Personen die Zusendung der „C. V.-Ztg." nachsuchen, so sind in jedem Fall Erkundigungen einzuziehen. Es ist mehrfach festgestellt worden, daß Angehörige völkischer Verbände um Zusendung der Zeitung gebeten haben. Da in diesen Fällen die Zeitung offensichtlich nicht als Aufklärungsmaterial, sondern als Grundlage für neue Hetze benutzt werden sollte, ist Vorsicht geboten.

Keine Entlastung für Ortsgruppenkaſſierer.

Aus den Monatsberichten entnehmen wir, daß in Generalversammlungen von Ortsgruppen jeweils dem Kassierer für seine Geschäftsführung Entlastung erteilt wird. Das ist überflüssig. Der Ortsgruppenkassierer kann nur vom zuständigen Landesverbande bezw. von der Berliner Centrale entlastet werden. **Lediglich in solchen Fällen, in denen einer Ortsgruppe Beträge zur freien Verfügung vom Landesverbande bezw. von der Berliner Centrale überlassen worden sind, kann dem Ortsgruppenkassierer Entlastung durch die Ortsgruppe erteilt werden.**

Beiträge von Synagogengemeinden.

Die Synagogengemeinde Soest hat in ihren diesmaligen Etat zum ersten Male eine Beihilfe für den C. V. in Höhe von Mk. 100,— eingestellt. Diese Tatsache, die als ein erfreuliches Anzeichen für das Verständnis und das Interesse für die C. V.-Arbeit zu betrachten ist, läßt erwarten, daß Versuche nach dieser Richtung hin auch in anderen Ortsgruppen häufig zum Erfolge führen würden.

Für Vorträge stehen zur Verfügung:

Professor Dr. Eugen Wolbe, Berlin NW 21, Dortmunder Str. 11. Themen: „Die jüdische Frau im Wandel der Zeiten", „Juden und Judentum im Urteil der Nichtjuden". Honorar etwa 30 Mark zuzüglich Spesen.

Frau Stud.-Rätin Dr. Gertr. Klausner, M. d. L., Mitglied unseres Hauptvorstandes. Themen: „Die politische Lage", „Das Reichsschulgesetz", „Das jüdische Kind", „Schule und Hochschule", „Die Ethik in Dantes göttlicher Komödie". Honorar 100 Mark.

Frau Jeanette Wolff, Bocholt i. W. Themen: „Vergangenheitssorgen und Gegenwartsfragen", „Der Jude als Staatsbürger". Honorar etwa 25—30 Mark zuzüglich der Spesen.

Herr Lic. Pfarrer Dr. Hartmann, Solingen-Foche, über dessen Vortragstätigkeit wir im C. V.-Dienst Nr. 4/5, Jahrgang III, S. 82, berichtet haben, steht uns weiter für Aufklärungsversammlungen als Redner zur Verfügung. Er bevorzugt Themen, die sich mit soziologischen, religiösen und philosophischen Problemen befassen. Als Honorar sind Mk. 75,— und Ersatz der Reisekosten (Fahrt 2. Klasse und Mk. 25,— Tagesspesen) vereinbart.

Material.

aus Büchern, Broschüren und Zeitungen.

Dr. Ernst Joerges, „Die weltgeschichtliche Bedeutung des Judentums und seine Zukunft"

Verlag Karl Curtius-Berlin.

Dr. Ernst Joerges gibt vor, das Judentum frei von Haß und Liebe zu erkennen, und man muß ihm in der Tat zugestehen, daß er den üblichen gehässigen Ton der Völkischen vermeidet. Er bemüht sich, die weltgeschichtliche Bedeutung des Judentums und seine Zukunft wissenschaftlich zu behandeln.

In der Einleitung stellt er die Behauptung auf, daß die Juden als einziges Volk der Weltgeschichte seit dem frühesten Altertum fast unverändert fortleben, unter Bedingungen, unter denen noch nie ein Volk gelebt hat, unter einer Religion, wie sie ähnlich noch nie ein Volk besessen hat. Er schließt dann folgenden Gedankengang an: Das Judentum bewahrte stets seine Eigenart, keine Verfolgung vermochte ihm in Wirklichkeit zu schaden, und in der hohen Zeit indogermanischer Kultur und indogermanischer politischer Macht hat es sich eine solche Stellung zu erringen gewußt, daß ernsthaft von einer Weltherrschaft gesprochen werden muß. Es ist eine Machtstellung, von der niemand weiß, wie sie eigentlich entstanden

ist und worauf sie beruht. Im Gegensatz dazu führt er zwar aus, daß sich durch die Emanzipation die religiösen und völkischen Daseinsbedingungen von Grund auf verändert haben, aber er findet einen Rettungsanker in dem Worte: „Col Jisroel chawerim", das er frei ins Deutsche überträgt: ganz Israel steht für einander ein. Schon dieser Grundsatz, der heute noch für die überwiegende Mehrheit der Juden nicht bloß für die Zionisten Geltung habe, charakterisiere die Juden als ein Volk. Als Kronzeugen für seine Ansicht führt er selbst den Central-Verein an. Dieser habe es für notwendig gehalten, zu Beginn des Krieges seine Mitglieder aufzufordern, über das Maß der Pflicht hinaus dem Vaterlande durch Aufopferung der Person und des Vermögens zu Hilfe zu kommen; er gäbe also die Doppelstellung des Judentums zu — eine Auffassung, die jedem Unbefangenen unbegreiflich erscheinen muß. Und aus der Entschließung des Central-Vereins vom 30. März 1913:

> „Wir wollen die deutsche Judenfrage nicht international lösen. Auf dem Boden des deutschen Vaterlandes wollen wir als Deutsche an deutscher Kultur mitarbeiten und dabei unserer Gemeinschaft treu bleiben"

zieht er den merkwürdigen Schluß, die durch Religion und Geschichte geheiligte Gemeinschaft könne nur eine „jüdische Volksgemeinschaft" sein. Damit kommt Dr. Joerges zu dem Ergebnis, der Durchschnittsjude stehe mit einem Fuß in Deutschland, mit dem andern in Palästina oder im Ghetto.

Diese Stichproben aus der Einleitung des Buches mögen schon genügen, um die Einstellung Dr. Joerges' dem Judentum gegenüber zu charakterisieren. Seine leichtfertigen Schlußfolgerungen setzt er dann in den einzelnen Hauptabschnitten seiner Schrift fort. Seine religionsgeschichtlichen Betrachtungen können wir übergehen. Eigenartig berühren seine Ausführungen im Abschnitt „Das Judentum von der Zeit des Apostels Paulus bis zur Emanzipation", in denen er erklärt, die Juden wären anfangs auch Ackerbauer und Handwerker gewesen, aber der Sabbathkult, der Militärdienst u. a. hätten bewirkt, daß sie sich aus diesen Berufen zurückzogen. Eine solche Darstellung verträgt sich zwar nicht mit der historischen Wahrheit, aber sie wirkt populär und ist den Anschauungen gewisser deutschvölkischer Kreise angepaßt.

Joerges kommt dann auf die Stellung des Judentums von der Emanzipation bis zur Gegenwart zu sprechen und wird nicht müde, den Gegensatz zwischen dem irrationellen Deutschen und dem intellektualistischen Juden hervorzuheben. Diese Unterschiede seien der wahre Grund für den Antisemitismus, auch für den heutigen.

Die Emanzipation der Juden, so führt er weiter aus, wirkte sich in den einzelnen Ländern verschieden aus. In Holland mit einem auf hoher Stufe stehenden Judentum löste sie keine Reaktionserscheinungen aus; in Deutschland dagegen trat das befreite Judentum aus dem Ghetto in ein materiell und seelisch zermürbtes Volk, das gänzlich außerstande war, völkisch den jüdischen Einfluß zurückzudrängen.

Nach der Entwicklung der Gegenwart, die zur Primitivität und zum Unterbewußtsein drängt, kann der intellektualistische Jude nur bedingt Träger des neuen deutschen Lebenswillens sein. Joerges hebt hervor, daß die Juden keineswegs die Führerschaft in der neuen Kunst besitzen. Der jüdische Künstler arbeite aber unter günstigeren Bedingungen als der Nichtjude, weil ein großer Teil des Kunsthandels und des Theaters in jüdischen Händen sei und die Kritik auch nichtjüdischer Blätter sehr häufig von Juden besorgt werde. Groß wäre auch der Einfluß, den die jüdisch-religiöse Weltanschauung von jeher auf die christlich-abendländische ausgeübt habe und noch heute ausübe. Als Quintessenz dieser Erwägungen führt Joerges aus, daß er den Ruf nach Beseitigung der alttestamentlichen Elemente aus unserer Ethik und nach Beschränkung der alttestamentlichen Stoffe in unserem Schulunterricht für durchaus verständlich hält.

Bezeichnend sind auch Joerges' Betrachtungen über den Einfluß des jüdischen Geistes auf das Staatsleben der Gegenwart. Bei der Bismarckschen Reichsgründung sei das Judentum nicht zur Mitarbeit gekommen. Es sah die Geburt des deutschen Reiches mit verhältnismäßig geringer Anteilnahme. Sein Interesse, sein Bestreben lag auf einer andern Ebene. Umso stärker hat es bei der Revolution von 1918 mitgewirkt und diese wurde ziemlich allgemein als ein Sieg des Judentums empfunden.

Die Revolution aber habe auch starke Momente innerer Auflösung in das Judentum hineingetragen. Ist die Annahme gerechtfertigt, so fragt Joerges weiter in dem vorletzten Abschnitt seines Buches, daß das Judentum noch eine weitere Entwicklung und Aufwärtsbewegung vor sich hat? Oder muß man annehmen, daß die Tage seiner Herrschaft gezählt sind? Die zweite Frage glaubt Joerges bejahen zu müssen, denn gerade die Revolutionen haben die völkischen Reserven des Judentums mächtig erschüttert. Mag das Judentum, so meint er, im 19. und 20. Jahrhundert große Erfolge erzielt haben, es hat diese mit dem Verlust seiner sämtlichen Reserven bezahlen müssen. In diesem Sinne sind Emanzipation und Revolution seine schlimmsten Feinde gewesen. Ein einheitlicher völkischer Lebenswille ist nicht mehr vorhanden. Nur in der Abwehr der Gegner ist das Judentum noch einig. Es hat keine Reserven mehr, es bekommt keinen Zuzug mehr von außen. Es unterliegt in seiner Hauptmasse den bevölkerungsschädlichen Einflüssen der Großstadt.

Er weist den Juden, die sich zum Sterben die nötige Zeit lassen werden, als einzigen Weg den der Eindeutschung. Mit den Worten „Die Schicksalsfrage des Juden löst nicht der Antisemit" . . . der Jude „schafft sich selbst das Schicksal", schließt Joerges sein Buch, das alles in allem dazu angetan ist, den Gegensatz zwischen Juden und Nichtjuden durch einige effektvoll aufgebauschte Halbwahrheiten noch zu vertiefen.

Für und wider das Alte Testament.

In Nr. 23 des „Schulboten für Hessen" vom 4. 6. 1927 wirft Michael Zang in einem Aufsatz: „Nun auch noch Religionsphilosophie für die Volksschule!" die Frage auf, ob das alte Testament an den Volksschulen weiter gelehrt werden soll. Er kommt zu der Folgerung, daß das Alte Testament als religiös sittliches Erziehungsinstrument

in der deutschen Volksschule abzulehnen sei und begründet sie mit folgenden Sätzen:

„1. Der Gottesbegriff des A. T. ist fast durchweg anthropomorphisch und überspannt nationalistisch. Er ist entstellt durch niedrige Züge von Eifer-, Ränke- und Rachsucht, des Wankelmuts, der Grausamkeit und kleinlicher Ichsucht.

2. Die Moral des A. T. ist eine inferiore auf Gebot und Gehorsam, Furcht vor Strafe und Hoffnung auf Lohn aufgebaute.

3. Die Geschichte des Trägers dieses Gottesbegriffes und dieser Moral ist ein Wirrsal von Verrat und Betrug, von Scheußlichkeiten und Grausamkeiten und feigem Chauvinismus und scheinheiligem Nationalismus; es handelt sich um ein Volk, von dem selbst der Allerbejaher Goethe (W. M. W. II Bd. 2) sagt: „Das israelitische Volk hat niemals viel getaugt; es besitzt wenig Tugenden und die meisten Fehler anderer Völker, aber an Zähigkeit sucht es seinesgleichen"; ein Volk, dessen Stammvater ein Abraham (vergl. z. B. Moses I, 20) und dessen hehrster Held und Herrscher David ist (vergl. z. B. Samuelis Schlußkapitel und Könige Anfangskapitel).

4. Die Blätter des A. T. wimmeln von unerträglichen Kult- und Zeremonialgesetzen, von denen das entscheidenste jenes von der oben bereits erwähnten ekelhaften Unterscheidungszeichnung ist.

5. In Naturanschauung bietet das A. T. selbst für zeitgenössische andre „heidnische" Völker auf fast allen Seiten Läppigkeiten, Lächerlichkeiten und Absurditäten. (Vergl. Adolf v. Harnack: Die Entstehung der christl. Theologie, S. 32).

Diesen Ausführungen tritt Professor Dr. Heinrich Frick-Gießen in demselben Blatt entschieden entgegen (Nr. 33 v. 13. 8. 27). Zu den einzelnen Punkten von Zang führt Frick Folgendes aus:

„1. Der Gottesbegriff des Alten Testamentes ist tatsächlich nicht „durchweg" so wie er von dem Verfasser geschildert wird. Vielmehr zeigt eben eine geschichtliche d. h. der Wirklichkeit entsprechende Betrachtung, daß hier in einem eindrucksvollen geistigen Ringen innerhalb mehrerer Geschlechter unter Anführung der großen Prophetengestalten die Gottes-Vorstellung über alle Schranken hinaus gewachsen ist, bis sie (z. B. in der zweiten Hälfte des Jesaia-Buches) zu einem geläuterten, reinen Monotheismus ausgereift war.

Hier kann das Studium von Nathan Söderblom: „Das Werden des Gottesglaubens" jeden wünschenswerten Aufschluß geben. Gerade ein solches, auf die Wirklichkeit eingestelltes und nicht mit rationalistischen Vorurteilen behaftetes Denken erfaßt klar und leicht die ganze Größe jenes geschichtlichen Vorganges. Es scheint mir keine unmögliche Aufgabe zu sein, auch Kindern einen Begriff davon zu vermitteln.

2. Die Moral des Alten Testaments kann auch nur so lange als „inferior" gelten, als man die geschichtlichen Dokumente mit einem Lehrbuch der Moralphilosophie verwechselt. In Wirklichkeit hat gerade auf dem Gebiete der Sittlichkeit ein großartiger Aufstieg innerhalb Israels und Judas stattgefunden. Als ein Beispiel dafür nenne ich die Entstehung des Gefühls der sozialen Verantwortung, wie es der Gießener Alt-Testamentler Hans Schmidt vorzüglich geschildert hat in seinem Aufsatz über „die Bedeutung des Alten Testamentes für den deutschen Protestantismus der Gegenwart" (Seite 503 ff des Sammelwerks: „Der Protestantismus der Gegenwart". Herausgegeben von G. Schenkel, Stuttgart 1926).

3. Wenn man Goethe zitiert, sollte man ihn vollständig zitieren. Die angeführte Stelle aus „Wilhelm Meisters Wanderjahre" 2. Buch, 2. Kapitel hört ja nicht da auf, wo der Verfasser abbricht. Vielmehr heißt die Fortsetzung der Stelle so: „An Selbständigkeit, Festigkeit, Tapferkeit, und wenn alles das nicht mehr gilt, an Zähigkeit sucht es seinesgleichen. Es ist das beharrlichste Volk der Erde; es ist, es war, es wird sein, um den Namen Jehovah durch alle Zeiten zu verherrlichen. Wir haben es daher als Musterbild aufgestellt, als Hauptbild, dem die anderen nur zum Rahmen dienen."

4. u. 5. Was Adolf Harnack an der zitierten Stelle sagt, ist aus einem großen Zusammenhang herausgehoben, wie Harnack selbst sich ausdrückte: „Nur die eine Seite der Sache" (Seite 31). Wer Harnacks ganze Meinung erfahren will, muß auch seine positiven Aeußerungen lesen. Und vor allem: Harnacks Kritik am Alten Testament ist keineswegs ein Ausdruck allgemeiner Ueberzeugung! Ein Aufsatz wie der oben angeführte von Hans Schmidt zeigt auf den ersten Blick, daß unter evangelischen Theologen weithin eine ganz andere als die Harnack'sche Ansicht herrscht. Man vergesse doch nicht, daß das Alte Testament die Bibel Jesu und der ersten Christen gewesen ist! Selbstverständlich ist für uns das Neue Testament maßgebend. Aber das Licht, das von hier aus auf das Alte Testament fällt, hat keineswegs die Wirkung, daß nur Schatten sichtbar werden. Vielmehr tritt die unermeßliche Bedeutung der Vorgeschichte des Urchristentums jetzt erst recht zu Tage.

Es ist eine Pflicht objektiver Wahrheitsforschung, das Gute und Große anzuerkennen, wo es sich auch findet. Am allerwenigsten darf in die Klärung so gewichtiger Fragen ein falscher Ton sich einmischen ..... Die ungeheure Bedeutung des Alten Testamentes für die Religions- und Kulturgeschichte des Abendlandes ist die sachgemäße Rechtfertigung dafür, daß — trotz einzelner Schwierigkeiten — dieses Schrifttum nach wie vor einen wichtigen Platz in der deutschen Volksschule einnehmen muß."

„Ostmark-Archiv."

In dem „Ostmark-Archiv und Heimatmuseum", Beilage zum „Ostland", Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V., erschien in der 13. Folge des Jahrgangs 1927 ein Aufsatz: „Interniert!" Erinnerungen aus Szczypiorno von Pastor Gürtler, Neusalz (Oder). Es handelt sich um die Schilderung aus einem Interniertenlager aus der deutsch-polnischen Uebergangszeit in Posen. Es heißt darin u. a.:

„Erfreulich ist auch das gute Einvernehmen mit einer ganzen Reihe zumeist älterer jüdischer Herren aus der Stadt Posen, unter denen sich einer, ein „Wildanese" besonders in brüderlicher Gesinnung hervortut. Eine schöne Tabakspfeife, die er mir verehrte, habe ich lange in Dampf und Ehren gehalten. Wir haben sehr interessante Fragen erörtert und uns ehrlich über dies und das ausgesprochen und sind uns menschlich nahe gekommen. Es liegt auch ein Segen in der Not. Und es ist von Zeit zu Zeit heilsam, daß die verschiedenen Stände einmal alle sozusagen aus einem Napfe essen. Dann kühlen sich die Köpfe ab."

Dieses Urteil, das ja eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit enthält, ist lediglich bemerkenswert als die Aeußerung eines evangelischen Pfarrers in einer Zeitschrift, die ihrer sonstigen Haltung nach nicht gerade als judenfreundlich angesprochen werden darf.

Die Juden von Nürnberg.

„Der Stürmer", das in Bayern erscheinende Blatt des bayerischen nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher, brachte in seiner Nummer 33 einen Aufsatz über „Die Juden in Nürnberg" und über „Die graue Vorzeit". „Blonde, hochgewachsene Männer aus dem Norden" haben, so erzählt Herr Streicher, die Stadt gegründet. Diese Behauptung wird durch die Geschichtsforschung nicht bestätigt. Die zugänglichen historischen Quellen wissen über die Anfänge der Stadt nichts zu melden und es steht fest, daß für das Auftreten nordischer Stämme auf Nürnberger Boden kein Beweis vorhanden ist. Ebenso hinfällig ist die Behauptung Streichers, daß die Juden mit den Römern nach Nürnberg gekommen seien; denn von dem Zuzug römischer Soldaten nach Nürnberg spricht überhaupt keine Urkunde, kein Bauwerk und keine Ausgrabung. Schließlich berichtet Streicher noch von dem Verrat der Juden an der Stadt zu Gunsten Heinrichs V. Gegen diese Behauptung spricht die Tatsache, daß die Juden urkundlich in Nürnberg erst im Jahre 1288 in Erscheinung treten. Der Beleg, den Streicher für diese Behauptung anführt, ein Buch aus dem Jahre 1755, wird durch das reiche urkundliche Material der Nürnberger Archive vollkommen widerlegt.

Diese Streicher'sche Geschichtsklitterung ist ein interessanter Beweis für die von völkischer Seite so häufig angewandten Methoden.

Die Bedeutung der politischen Geographie.

In der Essener Allgemeinen Zeitung Nr. 324 von 1927 befindet sich ein Aufsatz „Die Bedeutung der politischen Geographie" von Dr. Karl Fuß, der in beachtenswerten Ausführungen den einem einseitigem Nationalismus entgegengesetzten Standpunkt vertritt und darum in übertragenem Sinne auch einen Beitrag zur Widerlegung des politischen und kulturellen Antisemitismus liefert. Wir entnehmen ihm die folgenden Abschnitte:

„Wer von der politischen Geographie herkommt und sich einmal darüber klar geworden ist, wie ihre Gesetze sich in jedem Volk auswirken, der wird auch — und das ist vielleicht eines der schönsten Ergebnisse, die ihm damit zufallen — eine vorurteilslosere Stellung zum Nationalitätenproblem einnehmen. Denn wenn die historische Entwicklung der Staaten durch solche Gesetze der Landschaft, zum Teil wenigstens, von vornherein bestimmt ist, wenn ihre Handlungsweise, d. h. ihre Politik der allgemeinen Richtung nach festgelegt ist, so werden wir auch ein vertieftes Verständnis haben für die Linien und Auswirkungen dieser nationalen Politik — d. h. die politische Geographie lehrt uns die Achtung vor jeder einzelnen Nation.

Das ist die eine Seite. Die andere, und für uns Deutsche noch wichtigere, ist: die Beschäftigung mit Geopolitik lehrt die Selbstachtung. Wir erkennen uns als das Volk einer so und so beschaffenen Landschaft, einer gewissen geographischen Lage, als Kinder eines bestimmten Klimas, wir sehen uns im Spiegel der politischen Geographie als eine Nation, der durch ihre geographischen Bedingtheiten ganz besondere Aufgaben zufielen und zufallen, Pflichten vor der Weltgeschichte. Wer das Verhältnis von Geographie und staatlicher Entwicklung überdenkt, wird das Fremde achten, aber nicht überschätzen.

. . . . . Die Geographie unseres Landes hat es mit sich gebracht, daß innerhalb unserer Grenzen ein unendlich vielfältiges und reiches Volkstum wie kaum irgendwo erwachsen ist. Es ist ein natürlicher Vorgang, wenn wir als Volk der Mitte nicht nur fremde Kräfte in uns aufnehmen und verarbeiten wollen, sondern auch eigene ausstrahlen.

Selbstachtung bedeutet natürlich auch Achtung vor der nationalen geschichtlichen Vergangenheit, die ja in jeglicher Phase ein notwendiges Stück Entwicklung darstellt, Lebensform eines Organismus, der eben als solcher Wandlungen unterworfen ist. Man wird also vorsichtig sein mit Verdammen und Verhimmeln. Man wird auch hier: achten!"

Karl Marx.

Von judenfeindlicher Seite wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß Marx seine internationale Gesinnung mit einem Haß gegen Deutschland verbunden hätte, womit er sich in einen gewissen Gegensatz zu seinem Freund Engels und auch zu Lassalle gesetzt habe. In diesem Zusammenhange ist es interessant, auf ein Zeugnis hinzuweisen, daß ihm der Verleger der „New-York Tribune" Dana, an der Marx in den 50er Jahren eifrig mitgearbeitet hat, ausstellte. Ferdinand Tönnies hat in seiner lesenswerten Schrift „Karl Marx, Leben und Lehre" (Verlag Karl Curtius-Berlin) diesen Brief von Dana wiedergegeben. Tönnies schreibt (S. 49/50):

„Seines Deutschtums und seiner Pflicht gegen das deutsche Volk und Vaterland hat der Verbannte, der „Semit" niemals vergessen. Der amerikanische Redakteur der Tribune stellte ihm 1860 das Zeugnis aus:

„Der einzige Fehler, an dem ich Anstoß nahm bei Ihnen, war der, daß Sie gelegentlich einen zu deutschen Ton anschlagen für eine amerikanische Zeitung. Das ist sowohl in bezug auf Rußland als auf Frankreich der Fall gewesen. In Fragen, die sich auf Zarismus und Bonapartismus bezogen, habe ich zuweilen gefunden, daß Sie zu großes Interesse und zu viel Sorge um die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands an den Tag legten."

Besonders habe sich dies bei Gelegenheit des italienischen Krieges gezeigt. Er (Dana) glaube so wenig wie Marx, daß Italiens Freiheit vom Kaiser der Franzosen zu erwarten sei; „Aber ich glaube nicht, daß Deutschland irgendwelchen wirklichen Grund zur Beunruhigung hätte, wie Sie gleich anderen patriotischen Deutschen meinten."

Marx's Wesen charakterisiert Tönnies folgendermaßen (S. 73):

„Jüdisches Wesen war in seiner Erscheinung nicht ausgeprägt, wenigstens nicht so, wie man den unruhigen, oft ein wenig schauspielernden, gestikulierenden Juden von niedrigem Wuchs und trippelndem Gange kennt, der so auffällt, daß man ihn (mit Unrecht) für typisch hält. Marx war ein schlichter Mann, und er liebte die Schlichtheit. Seine Abneigung gegen Lassalle und andere Stammesgenossen war vielleicht um so größer, weil er seiner eigenen Abstammung gedachte. Marx war ein echter Gelehrter, und in vielen Merkmalen ein echter deutscher Gelehrter."

Bibliothek.

Neuaufnahmen in die C. V.-Bibliothek im August 1927.

Dewitz, I. G.: Entgiftung der politischen Atmosphäre. Berlin o. J. 16 S. Karl Curtius.

Die große Politik der europäischen Kabinette 1871 bis 1914. Zum Abschluß der Aktenpublikation des Aus-

wärtigen Amtes. Berlin o. J. 63 S. Deutsche Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte.
Dresler, A.: Jüdische Politik und jüdische Politiker. Leipzig 1927. 36 S. Th. Weicher.
Elbogen, Prof. Dr. I.: Gestalten und Momente aus der jüdischen Geschichte. Berlin 1927. 312 Seiten. Welt-Verlag.
Felden, Emil: Eines Menschen Weg. Friedrich Eberts Leben. Bremen 1927. 407 S. Friesen-Verlag.
Fiebig, Paul: Die Umwelt des alten Testamentes. Religionsgeschichtliche und geschichtliche Texte. Göttingen o. J. 40 S. Vandenhoek & Ruprecht.
Goldmann, Nachum: Erez Israel. Reisebriefe aus Palästina. Frankfurt a. M. 1914. 98 S. I. Kauffmann.
Hellwig, Dr. Albert: Psychologie und Vernehmungstechnik bei Tatbestandsermittlungen. Eine Einführung in die forensische Psychologie für Polizeibeamte, Richter, Staatsanwälte, Sachverständige und Laienrichter. Berlin 1927. 316 S. Dr. P. Langenscheidt.
Holtz, Dr. Dietrich: Das deutsche Studentenrecht. Berlin 1927. 124 S. Georg Stilke.
Kahle, Dr. Paul E.: Zu Talmud, Maimonides und Schulchan Aruch. Ein gerichtliches Gutachten zur Sache des Dr. Holländer-Berlin gegen Theod. Fritsch-Leipzig 1927.
Kemmerich, Max, Dr.: Prophezeiungen. Alter Aberglaube oder neue Wahrheit. 4. verb. und verm. Aufl. mit einem Kapitel über den Weltkrieg und die deutsche Zukunft. München 1925. 470 S. Albert Langen.
Kemmerich, Dr. Max: Dinge die man nicht sagt. München 1924. 303 S. Albert Langen.
Kemmerich, Dr. Max: Aus der Geschichte der menschlichen Dummheit. München 1923. 290 S. Albert Langen.
Kemnitz, Dr. med. N. v.: Erotische Wiedergeburt. München 1923. 3 umgearbeitete Auflage. 209 S. Ernst Reinhardt.
Klages, Ludwig: Einführung in die Psychologie der Handschrift. Heidelberg 1924. 103 Seiten. Niels Kampmann.
Lechler, Dr. Alfred: Die Schwermut des Christen. Winke für die Pflege und Heilung. Hamburg 1926. 62 S. C. G. Ueberreich.
Lesowsky, A.: Karl v. Vogelsang. Zeitwichtige Gedanken aus seinen Schriften. Wien 1927. Typographische Anstalt.
Lindner, A.: Danzig. 2. verb. Aufl. Leipzig 1913. 122 S. E. A. Seemann.
Meyer, Iwan: Jubiläumsschrift der jüd. Gemeinde von Nonnenweier. Freiburg i. Br. 1927. 32 Seiten. Volkswacht-Verlag.
Nord, F. R. Die Sichel. Roman. Berlin 1927. 371 Seiten. Ring-Verlag.
Reinhold, Peter: Deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Eine Rede. Leipzig 1927. 40 Seiten. Der Neue Geist.
Roth, Joseph: Juden auf Wanderschaft. Berlin 1927. 104 S. Die Schmiede.
Schade, Ernst: Deutsche Religion. In Vergangenheit, in Gegenwart und Zukunft. 1. Aufl. Leipzig 1926. 108 S. Lotus-Verlag.
Wesselsky, Dr. Anton: Philosophie der Tat. Versuch einer Weltanschauung heroischer Autonomie. Unter besonderer Berücksichtigung der Philosophie des Als-Ob. 2. erw. Auflage. Berlin-Leipzig 1927. 97 S. Gebr. Paetel.
Wolff, Helmuth: Der homo oeconomicus, eine nationalökonomische Fiktion. Berlin-Leipzig 1926. 80 S. Gebr. Paetel.

Neuaufnahmen im September 1927.

Avenarius, Ferdinand: Die Mache im Weltwahn. Schriften für echten Frieden. o. O., o. J. 80 S.
Bergmann-Leisegang: Weltanschauung. Philosophisches Lesebuch. 2 Bände. Berlin 1927. 171 S., 203 S. Ferd. Hirt.
Bischoff, Prof. Dr. D.: Vom Geist der Freimaurerei. Berlin 1926. 18 S. W. de Gruyter & Co.
Breuer, Isaac: Die Welt als Schöpfung und Natur. Frankfurt a. M. 1926. 127 S. I. Kauffmann.
Brod, Max und Felix Weltsch: Zionismus als Weltanschauung. Mährisch-Ostrau 1925. 185 S. Dr. A. Färber.
Christians, Dr. Hermann: Sprechen und Reden. Leipzig 1927. 63 S. Jaegersche Verlagsbuchhandl.
Esser, Hermann: Die jüdische Weltpest. Kann ein Jude Staatsbürger sein? München 1927. 139 S. Fr. Eher Nachf.
Fichtes Reden in Kennworten. Mit einem Nachwort von Rudolf Eucken. Leipzig 1921. 102 S. Fel. Meiner.
Finger, Dr. Richard: Diplomatisches Reden. Ein Buch der Lebenskunst im Sinne des Spaniers Gracian. Berlin 1927. 100 S. Struppe & Winckler.
Gelbhaus, Dr. S.: Mitteldeutsche Dichtung in ihrer Beziehung zur bibl.-rabbin. Literatur. Frankfurt a. M. 1903. 73 S. I. Kauffmann.
Gerstenhauer, M. R.: Der Führer. Ein Wegweiser zu deutscher Weltanschauung und Politik. Jena 1927. 171 S. G. Neuenhahn.
Goetz, F.: Leo Tolstoi und das Judentum. Riga o. J. 68 S. Selbstverlag.
Grimm, Hans: Volk ohne Raum. 2 Bände. München 1927. 683, 673 S. A. Langen.
Hedin, Sven: Ossendowski und die Wahrheit. Leipzig 1925. 111 S. Paul List.
Hefele, Hermann: Politik. Eine Auswahl aus Machiavelli. Stuttgart 1927. 109 S. Fr. Frommann.
Hegemann, Dr. Werner: Fridericus. Neue erw. Auflage. Hellerau 1924. 781 S. Jak. Hegner.
Hönigschmidt-Grossich u. Drexler, A.: Wirtschaftsauffassung und Gewerkschaftspolitik des Faschismus. Leipzig 1927. 47 S. O. Klemm.
Janssen, Johannes: Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters. Freiburg i. Br. 1887. Herdersche Verlagsbuchhandl.
Keil-Eßlingen, Ernst: Wesen und Bedeutung der deutschen Freimaurerei. Leipzig 1927. 22 S. Verein deutscher Freimaurer.
Linnebach, Karl: Die gerechte Grenze im deutschen Westen — ein 1000 jähriger Kampf. Berlin o. J. 67 S. Reimar Hobbing.
Lloyd George: Ist wirklich Friede? Ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Dr. W. Simons. Leipzig o. J. 191 S. Paul List.
Mayer, Dr. Oskar: Die Geschichte der Juden in Heilbronn. Festschrift zum 500 jährigen Bestehen der Synagoge in Heilbronn. Heilbronn 1927. 78 S. Berth. Marx.
Moltke, Adam v.: Akkorde des Lebens. Berlin 1926. 48 S. Eigenbrödler-Verlag.
Mühlhausen, Rudolf: Das deutsche Freimaurertum und seine Gegner. Leipzig o. J. 16 S. V. deutscher Freimaurer.
Plettner, Dr. Hermann: Das Problem des Schutzes nationaler Minderheiten. Berlin 1927. 108 Seiten. Herm. Sack.
Rappoport, Dr. Anatol: Die marxistische Rechtsauffassung. Inaugural-Dissertation. Riga 1927. 54 S. Selbstverlag.
Roger, Hans: Die uns regieren. Kritische Streifzüge durch Parlament, Parteien und Presse. Magdeburg o. J. 131 S. Frundsbergverlag.
Simmel, Georg: Der Konflikt der modernen Kultur. 3. Aufl. München, Leipzig 1926. 28 Seiten. Duncker & Humblot.
Stieve, Friedrich: Deutschland und Europa 1890—1914. Ein Handbuch zur Vorgeschichte des Weltkrieges mit den wichtigsten Dokumenten und drei Karten. Berlin 1927. 247 S. Verl. für Kulturpolitik.
Stresemann, Dr. Gustav: Der Weg des Neuen Deutschland. Vortrag, gehalten am 29. 6. 27 in Oslo. Berlin 1927. 24 S. Carl Heymann.
Voßler, Karl: Politik und Geistesleben. Rede zur Reichsgründungsfeier im Januar 1927 und drei weitere Ansprachen. München 1927. 22 S. Max Hueber.

Waltershausen, A. Sartorius v.: Zeittafeln zur Wirtschaftsgeschichte. 3. Aufl. Halberstadt 1927. 138 S. H. Meyer.

Weiß, Dr. Karl Erhard: Was ist die deutsche Freimaurerei und was will sie? Ein Wort zur Aufklärung. Leipzig 1927. 15 S. V. deutsch. Freimaurer.

Wiegler, Paul: Geschichte der Weltliteratur. Dichtung fremder Völker. Berlin 1920. 515 Seiten. Ullstein.

Wilhelm, Kronprinz: Ich suche die Wahrheit! Ein Buch zur Kriegsschuldfrage. Stuttgart, Berlin 1925. 396 S. I. G. Cotta'sche Buchhandlung.

Walther, Johannes: Die Urheimat des nordischen Menschen. Halle a. S. 1926. 33 Seiten. M. Niemeyer.

Vortragsliste

Da nur wenige Landesverbände ordnungsgemäß über die Veranstaltungen berichtet haben, sind wir nicht in der Lage, eine vollständige Liste der Vorträge und Versammlungen zu liefern.

14. 8. 27. **Grebenstein (Bezirksversammlung).**
Dr. Blumenfeld-Kassel: „Zeit- u. Streitfragen".
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Vertrauliches aus der Arbeit des C. V."

28. 8. 27. **Birstein.**
Dr. Blumenfeld-Kassel, Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

28. 8. 27. **Salmünster.**
Dr. Blumenfeld-Kassel, Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Der Stand der antisemitischen Bewegung".

4. 9. 27. vorm. **Assenheim (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

4. 9. 27. nachm. **Niederwöllstadt (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Der Stand der antisemitischen Propaganda".

4. 9. 27. abends. **Rodheim (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Der Kampf gegen den Antisemitismus".

11. 9. 27. nachm. **Gambach (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die Ausbreitung der antisemitischen Bewegung".

11. 9. 27. abends. **Lich (Oberhessen).**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

17. 9. 27. **Würzburg.**
J. R. Gallinger-Nürnberg: „Geschichte der bayerischen Juden".
Lise Leibholz-Berlin: „Der innere Wert der C. V.-Arbeit".
Dr. Freund-München: „Die Idealverwirklichung von Deutschtum und Judentum".

18. 9. 27. **Würzburg. (Landesverbandstagung).**
Lise Leibholz-Berlin: Die Lage im Reich und die Tätigkeit der Zentrale".
Dr. Freund-München: „Tätigkeitsbericht".

18. 9. 27. **Melsungen.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die politische Lage und die Tätigkeit des C. V."

18. 9. 27. **Felsberg-Gensungen.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die politische Lage und die Tätigkeit des C. V."

19. 9. 27. **Frankfurt a. M.**
Dr. Jakob Marx-Karlsruhe: „Brennende Tagesfragen".

21. 9. 27. **Lauenburg.**
Dr. Neumann-Stolp: „Die Juden als Entdecker und Erfinder".

22. 9. 27. **Schwerin.**
Behrens-Hamburg: „Die Arbeit des C. V."

8. 10. 27. **Reinheim.**
Hans Oppenheimer-Berlin: „Neue Wege, neue Ziele".

9. 10. 27. nachm. **Michelstadt.**
Hans Oppenheimer-Berlin: „Wogegen kämpfen wir?".

9. 10. 27. abends. **Reichelsheim.**
Hans Oppenheimer-Berlin: „Neue Wege, neue Ziele".

9. 10. 27. **Neuwied.**
Jacobi-Köln: „Vertrauliches aus der C. V.-Arbeit".

13. 10. 27. **Seligenstadt.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M., Hans Oppenheimer-Berlin: „Die kommenden Landtagswahlen".

15. 10. 27. **Hof.**
Hans Oppenheimer-Berlin: „Neue Wege, neue Ziele".

16. 10. 27. **Karlsruhe (Landesverbandstagung).**
Rechtsanwalt Dr. Marx-Karlsruhe: „Geschäftsbericht".
Lise Leibholz-Berlin u. Dr. Weil-Karlsruhe: „Die politische Lage und die Arbeit des C. V."
Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe: „Das Reichsschulgesetz".

16. 10. 27. abends.
Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe: „Der Geist wahrer Volksgemeinschaft und wir".

16. 10. 27. **Lorsch.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Vor den hessischen Landtagswahlen".

16. 10. 27. **Burghaun.**
Hans Oppenheimer-Berlin: „Neue Wege, neue Ziele".

16. 10. 27. **Biblis.**
Dr. Freund-Darmstadt: „Rathenau".
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Vor den hessischen Landtagswahlen".

22. 10. 27. **Krefeld.**
Rabbiner Dr. Goldmann-Leipzig: „Ist der Antisemitismus überwindbar?", ferner Vorträge Lise Leibholz-Berlin und Jacobi-Köln.

22. 10. 27. **Bensheim.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M., Frau Ella Haas: „Vor den hessischen Landtagswahlen".

23. 10. 27. **Kirn a. d. Nahe.**
Kurt Bachrach-Kreuznach: „Ghetto, Emanzipation und Freiheit!"

23. 10. 27. **Krefeld (Landesverbandstagung).**
R-A. Dr. Kurt Alexander-Krefeld: „Sind wir auf dem rechten Wege?".
Lise Leibholz-Berlin: „Die augenblickliche Lage und die Arbeit des C. V."
Gustav Cohn-Krefeld: „Reisebericht über Palästina".
Jacobi-Köln: „Unsere Winterarbeit".

23. 10. 27. **Stolp.**
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die Juden in der Wirtschaftsentwickelung".

24. 10. 27. **Gunzenhausen.**
Dr. Ludwig Freund-München: „Leben wir in einem neuen Ghetto?"

24. 10. 27. **Solingen.**
Vortrag Lise Leibholz-Berlin.

24. 10. 27. **Lauenburg.**
Dr. Norbert Einstein-Berlin: „Die wirtschaftliche Lage des deutschen Judentums".

24. 10. 27. **Essen.**
Dr. Goldmann-Leipzig: „Das Wesen des Antisemitismus".

27. 10. 27. **Alzey.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Vor den hessischen Landtagswahlen".

27. 10. 27. **Stettin.**
Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil-Berlin: „Die jüdische Internationale".

30. 10. 27. vorm. **Frankfurt (Landesverbandstagung).**
Dr. Kehr-Kaiserslautern: „Einordnung der Juden in die deutsche Volksgemeinschaft".
Dr. Reichmann-Berlin: „Unsere politische Tätigkeit".
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die hessischen Landtagswahlen".

30. 10. 27. abends. **Limburg.**
Dr. Reichmann-Berlin: „Vertrauliche Mitteilungen aus der Arbeit des C. V."

30. 10. 27. **Kreuznach.**
Rektor Coblenz-Köln: „Wie ist der Antisemitismus überwindbar?".
Jacobi-Köln: „Die letzten Ereignisse und ihre Lehren!".

30. 10. 27. **Oppenheim a. Rh.**
Erwin Baer-Frankfurt a. M.: „Vor den hessischen Landtagswahlen".

30. 10. 27. **Paderborn.**
Vortrag Waldstein-Essen.

30. 10. 27. **Geseke-Salzkotten-Büren.**
Waldstein-Essen: „Erfolg unserer C. V.-Arbeit".

31. 10. 27. **Wiesbaden.**
Dr. Reichmann-Berlin, Dr. Marx-Frankfurt a. M., Dr. Otto Morgenthau: „Aus der Arbeit des Central-Vereins".

31. 10. 27. **Schweich a. d. Mosel.**
Jacobi-Köln: „Der Kampf des deutschen Judentums gegen die antisemitisch-völkische Bewegung!".

31. 10. 27. **Beuthen.**
Rabbiner Professor Dr. Golinski: „Kolnidre".

1. 11. 27. nachm. **Leiwen a. d. Mosel.**
Jacobi-Köln: „Der Kampf des deutschen Judentums gegen die antisemitisch-völkische Bewegung".

1. 11. 27. abends. **Neumagen a. d. Mosel.**
Jacobi-Köln: „Der Kampf des deutschen Judentums gegen die antisemitisch-völkische Bewegung".

2. 11. 27. nachm. **Traben-Trarbach a. d. Mosel.**
Jacobi-Köln: „Der Kampf des deutschen Judentums gegen die antisemitisch-völkische Bewegung".

2. 11. 27. abends. **Zell a. d. Mosel.**
Jacobi-Köln: „Der Kampf des deutschen Judentums gegen die antisemitisch-völkische Bewegung".

3. 11. 27. **Eydtkuhnen.**
Sabatzky-Königsberg: „Schwarzbartprozeß und andere jüdische Zeitfragen".

5. 11. 27. **Landeshut i. Schl.**
Rechtsanwalt Foerder-Breslau: „Juden und Judentum in der deutschen Rechtsprechung der Gegenwart".

6. 11. 27. **St. Goar a. Rh. (Bezirkstagung).**
Kurt Bachrach-Kreuznach: „Ghetto, Emanzipation und Freiheit!".
Jacobi-Köln: „Die letzten Ereignisse und ihre Lehren!".

Berichtigung

Den Vortrag „Neue Erlebnisse auf C. V.-Fahrten" Nürnberg am 7. April 1927 hat nicht Fräulein Dr. Julie Meyer, sondern Frau Justizrat Dormitzer gehalten.

Verantwortlich: Dr. Ludwig Holländer, Direktor des C.-V., Berlin SW 68.
Druck: Max Lichtwitz, Berlin SW 19, Neue Grünstraße 30.